2. aktualisierte & überarbeitete AUFLAGE

NEUE NACHBARN

RECHTSPOPULISMUS IN HESSEN

MBT HESSEN

INHALTSVERZEICHNIS

03 VORWORT

05 RECHTSPOPULISMUS / Gudrun Hentges

10 DIE NEUE RECHTE IN DEUTSCHLAND / Volker Weiß

14 RECHTSEXTREM REGIERTE RATHÄUSER / Bernard Schmid

18 „POSITIVE ERFAHRUNGEN ERMÖGLICHEN!" INTERWIEV MIT DR. JOACHIM WONDRAK

20 „... WIR KÄMPFEN DA AN ALLEN ENDEN"
INTERVIEW MIT PHILIPP EBERT UND BENJAMIN HOLMLER

22 „RAUS IN DIE GESELLSCHAFT UNd DORT AKTIV SEIN"
INTERVIEW MIT JULIAN UND ANTONIA RÖSNER

24 AUF GUTE NACHBARSCHAFT?

28 WAS TUN?

Disclaimer: Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport bzw. des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Herausgeber: MBT Hessen
Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus - für demokratische Kultur in Hessen
Richard-Roosen-Straße 11 • 34123 Kassel
Tel.: 0561/8616766 • info@mbt-hessen.org
www.mbt-hessen.org

Gestaltung: www.querwerk-kassel.de

Zur Bebilderung dieser Broschüre
Anstatt diese Broschüre mit Inhalten und Personen des Rechtspopulismus zu bebildern, haben wir uns entschieden, die positiven Seiten der sog. Willkommenskultur auch mittels Bildern hervorzuheben. Wir danken den diversen Willkommensbündnissen und engagierten Menschen für das Überlassen des Bildmaterials und wünschen uns, dass deren Engagement den gesellschaftlichen Stellenwert bekommt, den es verdient hat.

Bildurheber:

Bündnis „Bunt statt braun"
(S. 07 / 19 / 21 unten / 28) Die Bilder entstanden bei einem Markt der Möglichkeiten, den das zivilgesellschaftliche Bündnis „Bunt statt braun – Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus im Werra Meissner Kreis" veranstaltete, wo sich ehren- und hauptamtlich Engagierte mit Geflüchteten austauschen und kennenlernen konnten.

Bündnis „Bunt statt Braun"
(S. 30 / 31) Hersfeld-Rotenburg **Copyright: W. Schnitzlein**

Initiative „Welcome in – Wohnzimmer"
(S. 06 / 08) Das „Wohnzimmer" ist ein Begegnungsort in Fulda für Einheimische und Geflüchtete. Es wird gemeinsam von Ehrenamtlichen mit und ohne Fluchterfahrung gestaltet und betrieben. „Zusammen zeigen wir, dass Vielfalt gut ist für Fulda, wenn man offen und respektvoll miteinander umgeht." Hier finden viele Projekte der Gruppe statt, wie Asylberatungen, Deutschkurse, ein Frauen- und Kinderprojekt, Freizeit, Spaß und Spiel. Alle Angebote im „Wohnzimmer" sind kostenlos und werden über freiwillige Spenden finanziert.

Initiative „Gemeinsam Leben in Fuldabrück"
01 (S. 31): Die ersten Weihnachten in Deutschland 2016. Den Kindern machte es Spaß, den Weihnachtsbaum zu schmücken.
02 (S. 31 / 32): Vor der Fahrt zum Schwimmkurs (Wassergewöhnungskurs) der DLRG Lohfelden

Netzwerks für Toleranz im Landkreis Waldeck-Frankenberg
(S. 21 oben) Teilnehmer*innen bei einem Treffen des Netzwerks für Toleranz im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Das Netzwerk wurde 2013 vom Landkreis gegründet und ist inzwischen eine Partnerschaft für Demokratie.

© fotolia/Boggy
(S. 24) Garden gnome isolated on the white background

Das MBT dankt Gerolf Nittner für das herausragende Lektorat und die vielen konstruktiven und hilfreichen Anmerkungen.

Copyright:
MBT Hessen • Kassel, 2019

2. Auflage

VORWORT

In den letzten drei Jahren hat sich das gesellschaftliche Klima spürbar geändert. Seit dem „Sommer der Migration" 2015 sind nicht nur „neue Nachbarn" in vielen Kommunen in Nord- und Osthessen angekommen. Es kamen auch neue Seiten an alten Nachbarn, Freunden und Verwandten zum Vorschein. Nicht immer nur positive. In Parlamenten sind „neue Nachbarn" eingezogen, mit denen etablierte Parteien umzugehen haben.

In der ersten Auflage dieser Broschüre fragten wir Mitglieder von Lokalparlamenten im Regierungsbezirk Kassel, wie sie mit den neuen Herausforderungen umgehen, sowohl in der parlamentarischen Arbeit als auch ganz persönlich. In der nun vorliegenden zweiten Auflage haben wir einen Schwerpunkt auf zivilgesellschaftliche Bündnisse gelegt, die wir in ihrer Arbeit zum Teil seit Jahren begleiten. Klar wurde, soviel sei an dieser Stelle schon mal verraten, dass sich auch die Arbeit von Bündnissen in den letzten Jahren stark verändert hat. Während noch vor einigen Jahren der Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit modernen Nazis etwa in Kameradschaften und deren lokalen Aktivitäten lag, hat sich das Betätigungsfeld heute radikal ausgeweitet: Ob am Arbeitsplatz, im Verein, in der Familie oder in der Öffentlichkeit werden menschen- und demokratiefeindliche Positionen offensiv vertreten. In Bündnissen oder in der Flüchtlingsarbeit Engagierte werden privat und öffentlich angefeindet.

Gleichzeitig stiegen rassistische und andere rechtsextreme Straftaten sprunghaft an. Parallel dazu zog die AfD in fast alle Kommunalparlamente im Regierungsbezirk Kassel ein (die wenigen Abgeordneten der Republikaner in Stadt und Landkreis Fulda fallen dabei kaum auf und andere Parteien des rechten Randes sind parlamentarisch nicht vertreten). Selbstverständlich kann man nicht alle Abgeordneten der AfD über einen Kamm scheren, das zeigten auch die Interviews in der ersten Auflage dieser Broschüre. Aber der gesellschaftliche Ton wird, auch in Parlamenten, rauer und die Grenzen des im öffentlichen Diskurs Sagbaren wurden merklich nach rechts verschoben, im Internet, in den Medien und der Politik.

Die Reaktionen darauf reichen von Betroffenheit und Entsetzen bis hin zum demonstrativen Verständnis für die Ängste „besorgter Bürger*innen". Über Konzepte, wie diesen Zuständen begegnet werden könnte, scheiden sich vielmals die Geister und häufig besteht große Ratlosigkeit. Mit ihrem Einzug in den hessischen Landtag ist die AfD seit Ende Oktober 2018 in allen Landtagen vertreten. Aus anderen Bundesländern liegen bereits Erfahrungen vor, was ein Einzug der AfD in das Parlament mit sich bringt. Dort wie auf kommunaler Ebene wird beispielsweise häufig versucht, über parlamentarische Anfragen Arbeiten für demokratische Kultur zu diskreditieren, öffentliche Förderung unliebsamer Projekte einzustellen und das Parlament als Bühne zu benutzen, um sich selbst als heilbringende Anti-Establishment-Partei zu inszenieren.[1] Für die Etablierung der modernisierten Rechten und des Rechtspopulismus wurden zum einen neue Plattformen für antiplurale und diskriminierende Ideologien geschaffen, beispielsweise durch die sich selbst als „Bürgerbewegung" generierenden Neuen Rechten, zum anderen treten Protagonist*innen der Neuen Rechten aus ihren, sich selbst als Elite begreifenden, Zirkeln verstärkt in die Öffentlichkeit und bilden neue Netzwerke. Neurechte Ideologien durchdringen vielfach (soziale) Medien und schaffen es in die Politik. Die Leipziger „Autoritarismus-Studie" 2018 stellt fest, dass „heute (wieder) fast jeder Dritte ausländerfeindliche Positionen vertritt."[2]

Die vorliegende Broschüre „Neue Nachbarn" möchte die Linien des neuen Rechtspopulismus nachzeichnen und dabei insbesondere ein Hauptaugenmerk auf die Gegenstrategien zivilgesellschaftlicher Akteure legen. „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Rechtspopulismus", so beschreibt es Prof. Dr. Gudrun Hentges in ihrem Beitrag über den Rechtspopulismus in Europa. Sie legt uns ihre Analyse über Formen und Inhalte desselben dar und analysiert die sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Dimensionen. Über die Entstehungsgeschichte, Wirkungsweisen und Strukturen der Neuen Rechte in Deutschland informiert Dr. Volker Weiß in seinem Beitrag „Die Neue Rechte in Deutschland" in dieser Broschüre. Daran anknüpfend beleuchtet Bernard Schmid die Karrieren von Kommunalpolitiker*innen der rechtsradikalen Partei „Front National" in

[1] vgl.: Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun; Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD. Frankfurt am Main: Westend Verlag.

[2] Flucht ins Autoritäre - Rechtsextremistische Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Oliver Decker, Elmer Brähler (Hg), Gießen 2018, S. 7

den Rathäusern Frankreichs und wirft einen Blick auf die langjährigen Erfahrungen mit dieser Partei in Kommunalparlamenten in Frankreich. Lange fehlte ein gesellschaftspolitischer Ausdruck des Teils der Gesellschaft, der sich für eine offene Gesellschaft und eine demokratische Kultur einsetzt. Mit den großen bundesweiten und kleineren lokalen Demonstrationen und öffentlichen Statements gibt es eine Sichtbarkeit und öffentliche Wahrnehmung menschenrechtsorientierter Positionen. Diese Positionen gilt es zu stärken. Auch deswegen haben wir engagierte Menschen aus Initiativen und Bündnissen zu ihren lokalen Praxen im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus befragt. Wir haben drei Interviews exemplarisch in die Broschüre aufgenommen. Unsere Erkenntnisse insgesamt haben wir mit einem Blick auf Hessen dargelegt, in dem auch die Erfahrungen sowie Beobachtungen aus anderen Bundesländern zusammengefasst werden. Die modernisierte Rechte und der Rechtspopulismus haben sich vielerorts etabliert. Gleichzeitig nehmen die Beratungsanfragen wegen eines zunehmenden Rassismus in sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern zu. Dabei liegt uns insbesondere der Grundsatz des „Empowerments" am Herzen. In unserer Arbeit begegnen wir Menschen, die sich gegen Hetze und Rassismus engagieren, sowohl ehren- als auch hauptamtlich. Sie in die Lage zu versetzen, sich mit den Bedrohungen für eine offene Gesellschaft reflektiert auseinanderzusetzen und Handlungsstrategien zu entwickeln ist unser Auftrag. Darüber hinaus begleiten wir Parlamentarier*innen auf den doch teilweise recht neuen Pfaden im Umgang mit Rechtspopulismus in den Parlamenten. Bei manchen Themen, die von demokratischen Initiativen seit Jahren bearbeitet werden, ist ein aktuelles Problem, die Diskurshoheit wieder zu erlangen, wie beispielsweise beim Thema sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen. In ganz Deutschland (und anderen europäischen Ländern) besteht die Befürchtung, dass die Stimmung „kippen" könnte. Andererseits hat die in der Bundesrepublik als beispiellos zu bezeichnende Hilfsbereitschaft für Geflüchtete seit 2015 gezeigt, wozu eine aktive und weltoffene Zivilgesellschaft in der Lage sein kann.

Diese Broschüre richtet sich an alle, die sich nach wie vor engagieren – in ihrer Kommune, in lokalen Parlamenten, in Vereinen und Verbänden. So gibt es doch die Möglichkeit, den Geistern, die gerufen wurden, entgegenzutreten. Viele Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten haben uns die Menschen gezeigt, die wir beraten und begleitet haben. Deswegen möchten wir alle mit dieser Broschüre inspirieren, sich gesellschaftlich und politisch im Sinne einer demokratischen Kultur (weiter) einzubringen und in vielfältiger Art und Weise zu beteiligen und mit ihrer Arbeit und ihrem Engagement unsere Welt lebens- und liebenswerter zu machen.

Eine anregende Lektüre und Motivation für die weitere Arbeit wünscht das MBT Hessen!

EINE ANMERKUNG ZU UNSEREM SPRACHGEBRAUCH

In unserem Vereinsnamen beinhaltet der Zusatz „für demokratische Kultur in Hessen" ein Verständnis von Gleichberechtigung aller Menschen in unserer Gesellschaft. Das bedeutet für uns, dass wir uns auch für gleichberechtigte Teilnahme/Teilhabe aller Menschen an der Öffentlichkeit stark machen. Das setzt aber voraus, dass Unterschiedlichkeit von Menschen und die Vielfältigkeit von Identitäten gesehen und als selbstverständlich eingeordnet werden. Wir arbeiten entschieden gegen Politikformen, die starre Hierarchien, Abwertungen und Ausschlüsse rechtfertigen oder befürworten.
Durch einen bewussten Umgang mit Sprache versuchen wir, unsere Haltung zur demokratischen Kultur und die Diversität aller gesellschaftlichen Bereiche sichtbar zu machen. Durch den bewussten Umgang mit Sprache kann Diskriminierung vermieden und auch abgebaut werden.
Im Sinne eines antidiskriminierenden Sprachgebrauchs in Bezug auf Geschlecht verwenden wir deswegen das Sternchen (*), um zu kennzeichnen, dass wir uneingeschränkt alle Geschlechtsidentitäten in unseren Texten sowohl ansprechen als auch meinen. Das Sternchen (*) steht für eine Vieldeutigkeit und Offenheit gegenüber Geschlechtsidentitäten, um insbesondere darauf zu verweisen, dass eine duale Geschlechtsvorstellung (Mann/Frau) konstruiert ist. Durch diesen Dualismus werden reale Identitäten unserer Gesellschaft negiert und somit diskriminiert.
Insbesondere in Bezug auf das Thema unserer Handreichung ist es uns ein besonderes Anliegen, diese Perspektive auf Geschlecht stark zu machen, da diskriminierende Haltungen und erzkonservative Forderungen auch beim Thema Gleichstellung von Geschlechtsidentitäten sehr aktuell sind.

RECHTSPOPULISMUS

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Rechtspopulismus."

So oder ähnlich könnte man die derzeitige politische Konstellation charakterisieren. In vielen europäischen Ländern sorgen Vertreter/innen rechtspopulistischer Parteien immer wieder für Schlagzeilen – sei es durch gezielte Provokationen, Tabubrüche, verdeckte oder offene rassistische Äußerungen, die sich gegen soziale Minderheiten richten oder sei es durch nationalistische Propaganda, verbunden mit der strikten Ablehnung von Prozessen der europäischen Integration und generell von Globalisierungsprozessen. Verschärfend kommt hinzu, dass mit dem Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA und dem Sieg von Donald Trump diese politische Strömung am rechten Rand des Parteienspektrums nunmehr auch in das Weiße Haus eingezogen ist.

MERKMALE DES RECHTSPOPULISMUS

So unterschiedlich rechtspopulistische Politiker/innen und Parteien auch sein mögen, sie alle verfügen über einen kleinsten gemeinsamen Nenner. Sprechen wir im Folgenden von Populismus, so sind zwei Ebenen voneinander zu trennen: die der Form und die des Inhalts.

Die Form bezieht sich auf den Politikstil. Wir haben es zu tun mit einer spezifischen Rhetorik und Art der politischen Performance. Rechtspopulistische Politiker/innen appellieren direkt an das Volk (jenseits von Schicht oder Klasse) und verfügen über die Fähigkeit, Massen zu mobilisieren. Sie arbeiten mit einer immer wiederkehrenden Argumentationsfigur. Folgt man ihrer Argumentation, so ist der *„kleine Mann auf der Straße"* massiv bedroht durch die Anfeindungen von außen (Globalisierung, Europäisierung, Einwanderung, Geflüchtete, Islam/Islamisierung/Islamismus) und innen (Einwanderung, Geflüchtete, Sinti und Roma, Islam/Islamisierung/Islamismus).

Der Inhalt zeichnet sich aus durch eine Strategie des *‚double closure'*[1] – einer Abgrenzung nach oben bei einer gleichzeitigen Abgrenzung nach unten bzw. einer Abgrenzung gegenüber den sog. *„Anderen"*. So grenzen sich die rechtspopulistischen Politiker/innen, Parteien und Bewegungen gegenüber dem Establishment ab - seien es die etablierten, traditionellen Parteien, sei es die politische Klasse, seien es die politischen und wirtschaftlichen Eliten, seien es die Journalisten und Medien. *„Die da oben"* werden pauschal der Korruption, Vetternwirtschaft und Bereicherung verdächtigt und als Volksverräter oder Lügenpresse diffamiert.

Nach unten bzw. gegenüber den *„Anderen"* erfolgt die Abgrenzung gegenüber (schwächeren) sozialen Gruppen, die als Bedrohung betrachtet werden – gegen (muslimische) Einwanderer, Geflüchtete, Sinti und Roma, aber auch gegen Empfänger/innen von Sozialhilfe oder Obdachlose.

Ein spezifisches Merkmal der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen – ganz gleich, in welchem europäischen Land sie ihre Propaganda betreiben – besteht in ihrer Fokussierung auf das Volk. Dieses wird als ethnisch homogen konstruiert. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen und deren (charismatische) Führer/innen nehmen für sich in Anspruch, exklusiv das Volk zu repräsentieren. Zugleich sprechen sie allen anderen politischen Akteuren ab, die wahren Interessen des Volkes erkennen und vertreten zu können. Insofern erheben die rechtspopulistischen Kräfte einen *„Alleinvertretungsanspruch"*, der einhergeht mit einem *„dezidierten Antipluralismus"*[2] , zugleich wird das eigene Volk gegen das andere Volk ausgespielt.

EIN NEUES PHÄNOMEN?

Werfen wir einen Blick zurück, so stellen wir fest, dass das Phänomen Rechtspopulismus in Europa eine längere Geschichte hat als häufig vermutet:

Im Nachbarland Frankreich wurde der Front National (FN) 1972 gegründet. Bis 2011 war der FN unmittelbar mit seinem Vorsitzenden, Jean-Marie Le Pen, verknüpft. Der FN erzielte bereits ab Mitte der 1980er Jahre hohe Wahlergebnisse bei den Europawahlen, Parlamentswahlen und Präsidentschaftswahlen (Europawahlen 1984:

[1] In Anlehnung an Max Weber sprechen einige Autoren von ***double closure***. Vgl. Felix Keller: *Die Empörung der ‚schweigenden Mehrheit'. Rechtspopulismus in der BRD und der Schweiz 1960 bis 1990*, Zürich 1992; Ulrike Papuschek/Jörg Flecker/ Sabine Kirschenhofer/Manfred Krenn: *Vorurteil und Berechnung. Sozioökonomischer Wandel und Varianten rechtspopulistischer Anziehung*, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 236

[2] Jan Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Frankfurt am Main 2016, S. 66

10,95 %, Parlamentswahlen 1986: 9,65 %, Präsidentschaftswahlen 1988 14,38 %).

Die Gründung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) geht zurück auf das Jahr 1956. Als liberale Partei und Mitglied der Liberalen Internationalen bildete sie das dritte Lager im österreichischen Parteiensystem. Als Jörg Haider 1986 den Vorsitz der FPÖ übernahm, war er maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die wirtschaftsliberale zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelte. Die FPÖ als Rechtsaußenpartei trat erfolgreich zu den Nationalratswahlen im Jahre 1999 an und erzielte sogar mehr Stimmen als die konservative ÖVP. Die Schwarzen und die Blauen - ÖVP und FPÖ - gingen eine Regierungskoalition ein, die von 2000 bis 2006 Bestand hatte.

Während in den Nachbarstaaten rechtspopulistische Parteien bei Wahlen Erfolge erzielen konnten, gab es in der Bundesrepublik Deutschland keine Partei, die auch nur annähernd so erfolgreich war. Formationen wie die REPublikaner (1983 ff.), der Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (1994 – 2000), die Bürgerbewegung Pro Köln (1996 ff.) und die weiteren Pro-Bewegungen, die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) (2000 – 2007) oder etwa die Partei Die Freiheit (2010 ff.) waren zeitweise und regional recht erfolgreich, konnten sich jedoch nicht langfristig auf Bundesebene etablieren. Die Tatsache, dass es einer Partei am rechten Rand derzeit gelungen ist, die rechtspopulistischen Unterströmungen, die es vermutlich in den letzten Jahren immer schon gegeben hat, in Wählerstimmen umzumünzen, ist nicht so einfach zu erklären. Eine tragfähige und überzeugende Erklärung muss verschiedene Dimensionen mit berücksichtigen. In Anlehnung an Stewart Agnus (1969) spreche ich hier von einem populistischen Moment, in dem verschiedene Faktoren zusammenwirken und somit Entstehungsbedingungen für das Aufkommen von rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen schaffen.[3]

Wir haben es mit einer Verschränkung der folgenden Dimensionen zu tun: der sozio-ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Dimension.

DIE SOZIO-ÖKONOMISCHE DIMENSION

Die Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2007/2008 und die Eurokrise zeigten in ganz Europa weitreichende Konsequenzen. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland derzeit eine niedrige Arbeitslosenquote aufweist, so haben dennoch die Entwicklungen der letzten Jahre deutliche Spuren hinterlassen. Stichwortartig sind hier zu nennen: Massive Rationalisierungen, Entlassungen, Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen, ein Rückgang des Anteils an sog. Normalarbeitsverhältnissen[4] bei einem gleichzeitigen Anstieg von Teilzeitbeschäftigung, von geringfügiger Beschäftigung, von Leiharbeit – generell: von prekären Jobs. Zudem entstand, so Heinz Bude, ein neues *„Dienstleistungsproletariat"* – Menschen, die sich zwar formal in einem Normalarbeitsverhältnis befinden, jedoch aufgrund der schlechten Bezahlung und der steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten nicht oder kaum dazu in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.[5] Aufgrund der häufig kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse und der individualisierten Tätigkeiten sind sie nicht gewerkschaftlich organisiert und sind hochgradig individualisiert. Während Ulrich Beck in seinem Buch *„Risikogesellschaft"* noch davon gesprochen hatte, dass wir es mit einem Fahrstuhleffekt zu tun haben und die Gesellschaft auf dem Weg nach oben ist, prägte Christoph Butterwegge das Bild des *„Paternoster-Effekts"* – die einen fahren nach unten, die anderen nach oben. Die wachsenden sozialen Ungleichheiten in Deutschland und der EU sind die Folie, vor der Personen ihre eigene Lage beurteilen.[6] Nicht absolute Armut ist das Problem, sondern relative Armut bzw. relative Deprivation.

[3] Susanne Falkenberg: *Populismus und populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich* (Dissertation, vorgelegt an der Universität Duisburg Essen), Duisburg-Essen 1997; https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5116/diss9705.pdf (1.12.2016)

[4] Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an der Erwerbsarbeit liegt derzeit bei nur noch 60 %, vor 15 Jahren betrug er noch 66 %. http://www.iab.de/1406/view.aspx

[5] Heinz Bude: *Gesellschaft der Angst*, Hamburg 2014

[6] Frank Vandenbroucke/David Rinaldi: *Soziale Ungleichheit in Europa. Die Herausforderungen Konvergenz und Kohäsion* (hrsg. für die Bertelsmann Stiftung), Berlin 2016

DIE POLITISCHE DIMENSION

Zugleich ist das Vertrauen in die Politik – in die Bundesregierung, die -kanzlerin, den Bundestag, die Parteien geschwunden. Dies betrifft sowohl die Regierungsparteien als auch die Parteien der politischen Opposition. Unter dem Vorzeichen der Großen Koalition sind die Unterschiede zwischen den Christdemokraten und der Sozialdemokratie kaum noch wahrnehmbar. Der Annäherung der Volksparteien vorausgegangen war eine Neuausrichtung der Sozialdemokratie: Nach der Ära Kohl (1998 ff.) war es die Rot-Grüne-Koalition unter Bundeskanzler Schröder, die die Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen durchsetzte. Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen wurde die größte Zäsur in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates seit Bestehen der Bundesrepublik realisiert. In der Konsequenz wurde die Arbeitslosenhilfe, eine wichtige Lohnersatzleistung für Millionen von Menschen, faktisch abgeschafft. An deren Stelle trat eine bloße Fürsorgehilfe - das Arbeitslosengeld II, sodass in der Folge das Armutsrisiko von Langzeit-Erwerbslosen und ihren Familien deutlich erhöht wurde.[7] Im Bundesgebiet entstand in Folge der Agenda 2010 einer der größten Niedriglohnsektoren Europas. Während die Gewinne für Reiche explodierten, stagnieren seit 1993 die Reallöhne – bei einem steigenden Produktivitätszuwachs.

In dem Maße, in dem die Sozialdemokratie den Versuch unternommen hat, sich in erster Linie an sozial aufsteigenden Schichten zu orientieren, hat sie ihr altes Wählerklientel – ungelernte und angelernte Arbeiter und Facharbeiter – weit hinter sich gelassen. Innerhalb der erodierenden Arbeitermilieus entstand ein politisches Vakuum. Personengruppen, die vom sozialen Abstieg betroffen waren, fühlten oder fühlen sich durch die SPD nicht mehr vertreten. In diesen Milieus waren weder konservative noch wirtschaftsliberale Parteien tief verankert. Im Zuge dessen verfestigte sich eine *„Krise der politischen Repräsentation"* - eine politische Konstellation, in der immer größer werdende Teile der Gesellschaft sich nicht mehr von Parteien repräsentiert fühlen. Diese sog. Politikverdrossenheit betrug in den 1980er Jahren noch ca. 10 Prozent; in den 90er Jahren ist die Quote der sog. politikverdrossenen Bürger/innen auf ca. 60 Prozent angestiegen und hat sich seitdem auf diesem Niveau stabilisiert.[8]
Mit der AfD hat sich nunmehr eine Partei etabliert, der es gelungen ist, diese Wählerschichten zu erreichen und für sich zu mobilisieren.

Dies bedeutet nicht zwingend, dass die AfD-Wähler/innen mehrheitlich von der Programmatik und Ideologie der AfD überzeugt sind. Meinungsforschungsinstitute konnten bei ihren Befragungen feststellen, dass Unzufriedenheit mit der Regierung und vorherrschenden Politik und Enttäuschung zentrale Motive waren. So gaben z.B. 69 % aller befragten AfD-Wähler/innen an, dass sie ihre Stimme der AfD gegeben haben, da sie von anderen Parteien enttäuscht seien; aber auch ein Viertel aller befragten AfD-Wähler/innen sagte, dass sie die AfD gewählt haben, da sie von *„ihrer"* Partei überzeugt seien. Wahlentscheidend für AfD-Wähler/innen waren die Themen Flüchtlinge (72 %), innere Sicherheit (45 %), soziale Gerechtigkeit (28 %), Wirtschaft und Arbeit (14 %). [9]

Welche Ansichten vertreten AfD-Wähler/innen über ihre Partei? 99 % aller AfD-Wähler/innen stimmten der Aussage zu, es sei *„gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen"* wolle; 97 % waren der Meinung, dass die AfD verstanden habe, dass sich viele Menschen nicht mehr sicher fühlten; 95 % teilten die Einschätzung, es sei *„gut, dass sie die Ausbreitung des Islam in Deutschland verhindern"* wolle; 91 % stimmten der Aussage zu, die AfD werde vor allem gewählt, um ein klares Zeichen gegen die anderen Parteien zu setzen.[10]

Die von AfD-Wählern geäußerten Sorgen wegen des Flüchtlingszuzugs bezogen sich auf die steigenden Sozialausgaben (99 %), die ansteigende Kriminalität (97 %), den zu stark werdenden Einfluss des Islam in Deutschland (96 %), die wachsende Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (92 %) und auf die Bedrohung des Wohlstands (62 %).[11]

[7] Christoph Butterwegge: *Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?*, Weinheim/München 2015

[8] Michael Vester: *Die politische Repräsentation und ihre Krise*, in: Philosophie indebate v. 1.2.2016; http://philosophie-indebate.de/2469/schwerpunktbeitrag-die-politische-repraesentation-und-ihre-krise (1.12.2016)

[9] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/umfrage-afd.shtml

[10] Ebd.

[11] Ebd.

Ergebnisse von Meinungsumfragen sind ja bekanntlich immer nur eine Momentaufnahme und können nur Hinweise auf bestimmte Trends geben. Deutlich wird hier, dass sich immerhin ein Viertel der AfD-Wähler/innen mit *„ihrer"* Partei identifiziert, während ca. zwei Drittel der Wähler/innen die AfD gewählt haben, weil sie mit anderen Parteien unzufrieden sind. Insofern lässt sich die Frage *„Protestwähler oder nicht?"* nicht eindeutig für alle Wähler/innen beantworten. Die AfD-Wählerbasis ist in dieser Hinsicht nicht als homogen zu beurteilen.

DIE SOZIO-KULTURELLE DIMENSION

Neben der Krise der politischen Repräsentation ist die Frage der Anerkennung bzw. die sozio-kulturelle Dimension von zentraler Bedeutung für die Erklärung des aufkommenden Rechtspopulismus. In dem Maße, in dem gesellschaftliche Integration nicht mehr oder in einem immer geringer werdenden Maße über den Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, stellt sich die Frage nach der Anerkennung neu. Axel Honneth unterscheidet in Anlehnung an Hegel die Anerkennungssphäre der Familie und Liebe, die Anerkennungssphäre des Rechts, die Anerkennungssphäre der Wirtschaft.[12] In der Sphäre der Familie und Liebe sollen emotionale und sozialisatorische Leistungen erbracht werden.

In der Anerkennungssphäre des Rechts gilt das universalistische Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Somit haben soziale Bewegungen der späten 60er- und 70er -Jahre (u.a. die Bürgerrechtsbewegung in den USA und die Zweite Frauenbewegung in den USA und Westeuropa) die rechtliche Ungleichheit eingeklagt und eine Gleichheit vor dem Recht gefordert, sodass heute davon auszugehen ist, dass die formale rechtliche Gleichheit gewährleistet ist.

Von Relevanz ist die Frage der rechtlichen Gleichheit jedoch mit Blick auf jene im Bundesgebiet lebenden Menschen, die nicht über einen deutschen Pass verfügen, keine Bürgerrechte haben und demnach nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der politischen Partizipation haben.

Während die Sphäre des Rechts auf Egalität ausgerichtet ist, ist die Sphäre der Wirtschaft auf Leistung ausgerichtet: *„Als Anerkennungsnorm, anhand derer das Maß an legitimerweise zu erwartender Anerkennung bestimmt wird, dient in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften das Leistungsprinzip."*[13] Die Leistung fungiert als *„normative Rechtfertigungsgrundlage für soziale Ungleichheit"* und legitimiert eine *„abgestufte Teilhabe am wirtschaftlichen Reichtum"*. Mit Blick auf die Sphäre der Wirtschaft wird deutlich, wie problematisch das Leistungsprinzip als Anerkennungsnorm geworden ist: Auf dem kapitalistischen Markt tummeln sich Akteure, die es allein aufgrund ihres Kapital- und Immobilienvermögens zu einem extremen Reichtum gebracht haben. Zugleich haben sich die Arbeitsbeziehungen radikal verändert, sodass aufgrund von Prozessen der Deregulierung und Entberuflichung viele Bereiche nicht mehr dazu in der Lage sind, als sichere Einkommensquelle zu fungieren. Der Anteil derer, die an einem *„normativ geordneten Leistungswettbewerb partizipieren können"*, so Honneth, wird immer schmaler. Somit ist es immer schwerer, überhaupt in der Sphäre der Wirtschaft, Anerkennung zu erlangen.

Robert Castel plädiert in dem Zusammenhang dafür, soziale Positionen als ein Kontinuum zu begreifen und unterscheidet zwischen der Zone der Integration, der Zone der Verwundbarkeit und der Zone der Entkopplung. Nicht nur die Erfahrung der *„Entkopplung"*, die Erfahrung, zu den *„Überflüssigen"* zu zählen - freigesetzt worden zu sein - stellt die Personen vor große Herausforderungen und fordert sie auf zum *„Kampf um Anerkennung"* auf. Auch die Erfahrung einer permanenten Instabilität, das Leben in einer *„Zone der Verwundbarkeit"*, veranlasst die Personen dazu, einen *„Kampf um Anerkennung"* aufzunehmen.

Michael Vester spricht davon, dass der *„moralische Schmerzpunkt"* für die meisten Milieus nicht etwa erst dann erreicht ist, *„wenn ein absolutes materielles Minimum"* unterschritten wird, sondern dann, wenn die *„gewohnte respektable Lebensweise und die Vorstellungen einer gerechten sozialen Ordnung in Frage gestellt werden"* und Risiken asymmetrisch verteilt werden, wenn beispielsweise jene Firmen Entlassungen vornehmen, die extrem hohe Gewinne eingefahren haben.[15]

PRÄVENTION UND GEGENSTRATEGIEN

Prävention und Gegenstrategien umfassen verschiedene Ebenen, von denen hier nur einige skizziert werden sollen: Auf der Ebene der politischen Bildung – der formalen und non-formalen – bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und der extremen Rechten. So kann z.B. eine kritische Analyse des Grundsatzprogramms der AfD zeigen, dass es eine deutliche Diskrepanz gibt zwischen ihrer Ideologie und Programmatik.

Während die AfD z.B. die soziale Frage thematisiert und versucht, das Thema soziale Gerechtigkeit zu besetzen, fordert sie in ihrem Programm eine *„flat tax"*, steht also ganz in einer wirtschaftsliberalen und marktradikalen Tradition. Sie will die Reichsten der Reichen genauso besteuern wie die Ärmsten der Armen. Vermögens- und Erbschaftssteuer will sie ganz abschaffen, die Gewerbesteuer überprüfen und das Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen. Deutlich wird an diesen Vorschlägen, dargelegt im Grundsatzprogramm 2016, dass sie die Interessen von transnationalen Konzernen und großen Unternehmen vertritt und sich keineswegs für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzt. An diesem Beispiel ließe sich deutlich zeigen, dass sie sich der sozialen Demagogie bedient.[16]

Relevant für die politische Bildung sind auch die von der AfD verbreiteten Unwahrheiten und Lügen in Bezug auf die aktuelle Fluchtmigration. Während die AfD z.B. behauptet, dass derzeit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland kommen wollen – und damit massiv Ängste in der Bevölkerung schürt – ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema Fluchtmigration relevant, um Lügen und Unwahrheiten zu enttarnen und Lösungskonzepte zu entwickeln.

Da die AfD neben den 147 Landtagsmandaten auch über ca. 485 Mandate auf kommunaler Ebene verfügt, stellt sich die Frage des Umgangs in den Parlamenten. Aus den Erfahrungen mit dem Vlaams Belang in Belgien können wir lernen, dass sich die Strategie des *„Cordon Sanitaire"* bewährt hat. In Belgien haben sich alle Parteien des politischen Mainstreams – unterschiedlicher politischer Ausrichtung – dazu verpflichtet, unter keinen Umständen mit der Rechtsaußenpartei Vlaams Belang zusammenzuarbeiten. Im Sinne einer politischen Quarantäne lehnen die belgischen Parteien jegliche Koalitionen mit dem Vlaams Belang ab, sei es auf nationaler oder auf lokaler Ebene. Zu einem solchen *„Cordon Sanitaire"* sollten sich auch die bundesdeutschen Parteien des Mainstreams verpflichten.

In Bezug auf die tiefer liegenden Ursachen und Erfolgsbedingungen des Rechtspopulismus gilt: *„Erfahrungen kommen gegen Belehrungen nicht an."* Demnach müssen die gesellschaftlichen Bereiche so konzipiert sein, dass Menschen nicht die Erfahrung machen, entkoppelt worden zu sein oder sich in der *„Zone der Verwundbarkeit"* zu befinden. Hier sind große gesellschaftliche Anstrengungen von Nöten – sei es im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sei es im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik und Bildungspolitik. Oder – wie Klaus Dörre es formuliert:

„Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewaltaffine Radikalisierung ist eine Politik demokratischer Umverteilung."[17]

Gudrun Hentges
ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Von 2004 bis 2016 lehrte und forschte sie an der Hochschule Fulda.

[12] Axel Honneth: *Verwilderungen. Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert.* In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2011, S. 37-45

[13] Ebd.

[14] Interview mit Robert Castel, in: *Polar #21*; http://www.polar-zeitschrift.de/polar_04.php?id=187 (1.12.2016);
Robert Castel: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz 2000

[15] Michael Vester: *Die politische Repräsentation und ihre Krise*, in: Philosophie indebate v. 1.2.2016;
http://philosophie-indebate.de/2469/schwerpunktbeitrag-die-politische-repraesentation-und-ihre-krise (1.12.2016)

[16] Matthias Kamann: *Das sind die wichtigsten Punkte im AfD-Grundsatzprogramm*, in: Die Welt v. 2.5.2016;
https://www.welt.de/politik/deutschland/article154930612/Das-sind-die-wichtigsten-Punkte-im-AfD-Grundsatzprogramm.html
Das Grundsatzprogramm der AfD, Berlin 2016;
https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (2.12.2016)

[17] Klaus Dörre: *Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt*, in: Theoriekritik;
http://www.theoriekritik.ch/?p=2833 (2.12.2016).
Vgl. auch: Gudrun Hentges / Hans-W. Platzer / Kristina Nottbohm (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise?, Wiesbaden 2016 (i.E.)

DIE NEUE RECHTE IN DEUTSCHLAND

Der Auftrieb der Neuen Rechten in Deutschland traf die Öffentlichkeit unvorbereitet. Ihre Begriffe und Strategien waren außerhalb hochspezialisierter Kreise kaum bekannt. Selbst in der Forschung wurde sie wenig beachtet. Das hatte einen einfachen Grund: Von den unterschiedlichen Strömungen der äußersten deutschen Rechten, die vom Nationalkonservatismus bürgerlicher Prägung über den Rechtspopulismus, religiöse Fundamentalismen bis ins nationalrevolutionäre und neonazistische Lager reichten, agierte die Neue Rechte am wenigsten auffällig. Mit ihrem intellektuellen Profil und dem daher wenig spektakulären Erscheinungsbild war sie für eine Gesellschaft irrelevant, die ihre Aufmerksamkeit nach kulturindustriellen Schemata strukturiert. Der Neuen Rechten kam es lange Zeit entgegen, unauffälliger zu sein als ihre kampfstiefelbewährten Kameraden. Sie pflegte das Image eines elitären Zirkels. Karlheinz Weißmann, ein führender Kopf der Strömung, fasste diesen Anspruch in der Gründungsphase des neurechten „Instituts für Staatspolitik" (IfS) um die Jahrtausendwende zusammen: „Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht und Mandatsträgern sitzen, umso besser."[1]

DIE GEGENWART

Heute allerdings hat die Neue Rechte sichtbar an Einfluss gewonnen. Ihre Kernmedien, hauptsächlich die Wochenzeitung *Junge Freiheit*, das Printmagazin und der gleichnamige Blog *Sezession* sowie die kleinere *Blaue Narzisse* u.a. haben an Bekanntheit spürbar zugenommen. Gleiches gilt für Projekte in ihrem Dunstkreis, die sich mit der Neuen Rechten Autoren, Themen oder auch nur die Terminologie teilen. Darunter befinden sich die eher an die klassische extreme Rechte erinnernden Magazine *Compact* und *Zuerst!*, aber auch leisere Blog-Formate wie *eigentümlich frei*, *Tichys Einblick* oder *Acta diurna* bis hin zu der wohl bekanntesten Homepage *PI-News*. Diese Diversifizierung eines einstmals kleinen Medienspektrums zeugt bereits von einer Verbreiterung der Zielgruppe. Auch der mit dem IfS verbundene Antaios Verlag ist ein wirtschaftlich tragfähiges Unternehmen geworden und bedient eine steigende Nachfrage nach der passenden weltanschaulichen Literatur. Die gleiche Aufgabe erfüllen heute neben dem Buchdienst der *Jungen Freiheit*, Kleinverlage wie Karolinger oder österreichische Häuser wie Ares und Stocker. Im Angebot von Antaios befinden sich rechte Klassiker wie Ernst Jüngers Sekretär Armin Mohler, dem die Rolle des Gründervaters der Neuen Rechten zukommt. Ebenso verlegt werden prominente Vertreter der französischen Rechten wie Jean Raspail und Renaud Camus. Das Programm umfasst aber auch einen Autor wie Akif Pirinçci, dem das intellektuelle Profil fehlt. Antaios-Gründer Götz Kubitschek ist in den letzten Jahren als geschickter Netzwerker aufgefallen, der 2012 den „zwischentag", die Fachmesse rechter Verlage und Organisationen, ins Leben rief.

Seit ihrem Beginn hat die Neue Rechte Einfluss auf die Pegida-Bewegung genommen. Die von neurechten Akteuren um das IfS gegründete Identitäre Bewegung (IB) versucht zudem, einen Anschluss an Jugendsubkulturen zu finden. Vor allem aber wirken die Netzwerke der Neuen Rechten in die aufstrebende rechtpopulistische AfD hinein. Dabei finden sich sogar die unterschiedlichen Flügel der Partei von den unterschiedlichen Fraktionen unterstützt. Während es die *Junge Freiheit* eher mit den Vertretern des nationalliberal und -konservativ geprägten Rechtspopulismus wie Frauke Petry, Marc Jongen und Jörg Meuthen hält, hat die radikalere, intransigente Strömung um das IfS, *die Sezession* und die „Identitären" einen guten Draht zum völkischen Flügel. Durch diese relative Breitenwirkung der Neuen Rechten wird zwar ihr über lange Jahre hin gepflegter elitärer Status in Mitleidenschaft gezogen, es zeichnet sich aber zugleich eine politische Wechselwirkung ab: Einerseits profitiert sie vom Aufstieg des Rechtspopulismus und wird von der Welle des Wutbürgertums mit- und emporgerissen. Andererseits werden ihre Kampfbegriffe wie die Rede vom „Großen Austausch" der Bevölkerung, dem deutschen „Schuldkult" und der angeblichen Diktatur der „Gutmenschen" breiter rezipiert. Mit ihrem Erfolg läuft die Neue Rechte also Gefahr, ihr elitäres Profil zu verwässern.

RECHTER GENERATIONSWECHSEL IM SCHATTEN DER SOZIALLIBERALEN WENDE

Allerdings ist anzumerken, dass diese Distinktion in weiten Teilen ebenso auf Selbstwahrnehmung beruhte, wie das Adjektiv „neu". Denn die Neue Rechte hing immer in großen Teilen mit der alten zusammen. Wie ein Blick auf ihre Entwicklung zeigt, sind die Grenzen zur „alten Rechten" allenfalls idealtypisch zu ziehen und wurden in der Realität stets verwischt. Schließlich ging die Neue Rechte als „Modernisierung" während eines „Generationenkonflikts" aus der alten hervor (vgl. Langebach/Raabe 2016: S. 562). Bereits in den sechziger Jahren hatten Zeitschriften wie das Hamburger *Junge Forum* neue Wege gesucht, um die Rechte zu verjüngen, gegenwartstauglicher zu machen und mit neuer Dynamik zu versehen. Endgültiger Wendepunkt war der verpasste Parlamentseinzug der NPD bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag 1969, auf den Niederlagen in den kommenden Landeswahlen folgten. Die erst 1964 gegründete NPD, bislang Sammelbecken von alten Nationalsozialisten und Nationalkonservativen, geriet damit in eine Krise. Gesamtgesellschaftlich kündigte sich ein kultureller Wandel an, der das folgende Jahrzehnt sozialliberal prägen sollte. In dieser Situation formierte sich aus jüngeren Kadern des extrem rechten Milieus eine neue Strömung, wie etwa die 1972 gegründete „Aktion Neue Rechte". Der Vergleich dieser Modernisierung mit der Neuen Linken liegt nahe, greift aber zu kurz, da wesentliche Impulse aus Frankreich kamen, wo sich die Nouvelle Droite schon vor dem symbolträchtigen „Mai 68" gebildet hatte (vgl. Wölk 2015). Zudem zog die Neue Rechte vielfältige Inspirationen aus der „revolutionären" Strömung des Weimarer Nationalismus und konnte damit auf eine eigene Traditionslinie verweisen. Damit knüpfte die Neue Rechte an das Konstrukt einer „Konservativen Revolution" an, das Amin Mohler in seiner Dissertation 1949 geschaffen hatte.

ARMIN MOHLER UND DIE KONSERVATIVE REVOLUTION

Mohlers kommentierte Bibliographie von Autoren des deutschen Nationalismus war ein großangelegter Entlastungsangriff rechten Denkens, mit dem er den Versuch machte, mehrere Strömungen „revolutionärer" Konservativer und Nationalisten in möglichst große Distanz zu Weltbild und Terror des Nationalsozialismus zu positionieren. Richtig an dem Ansatz war die Tatsache, dass die Weimarer Rechte wesentlich mehr Erscheinungsformen kannte als den Nationalsozialismus. Unsinn war es, die geistige Nähe und teilweise auch politisch-biographischen Verbindungen schlichtweg zu leugnen. Der Sinn von Mohlers Konstruktion der eigenständigen Strömung einer „Konservativen Revolution" war allein, der deutschen Rechten nach 1945 eine Legitimation zu schaffen. Mit der Legende einer nicht durch Hitler desavouierten Strömung gelang dies. Von diesen „Konservativen Revolutionären" übernahmen Mohler und seine Schüler Zeitdiagnostik, Gesellschaftsvorstellungen und Leitbegriffe und passten sie ihrer Gegenwart an. So wurde die Kulturkritik von Autoren wie Oswald Spengler und Arthur Moeller van den Bruck wiederbelebt, derzufolge das übergeschichtliche „Reich" der Deutschen durch die Demokratie in seiner Substanz bedroht sei. Gleiches gilt für den heroischen Realismus Ernst Jüngers, der archaische Mythen mit modernster Technik und soldatischem Habitus zu vereinen verstand. Die wichtigste Rolle als Stichwortgeber kam dem Staatsrechtslehrer Carl Schmitt zu, mit dem Armin Mohler persönlich eng verbunden war. Seinen Texten sind die zentralen Gedanken zur Raumtheorie, Staatspolitik und Fragen politischer Strategie entnommen. Als Theoretiker des Staatsnotstandes und der imperialen Raumordnung gilt Schmitt als unumstößliche Autorität in Fragen von Identifikation und Abwehr des inneren und äußeren „Feindes". Seit einiger Zeit wurde, auch als Reaktion auf kritische Diskussionen, verstärkt Martin Heidegger rezipiert (vgl. Brumlik 2016). Besonders die Identitäre Bewegung bedient sich eines an Heideggers Denken orientierten Jargons zur weltanschaulichen Unterfütterung ihrer Aktionen, um auf das „Eigentliche" der angeblich bedrohten Identität hinzuweisen (vgl. Sellner/Spatz 2015). Diese historischen Einflüsse sind kaum zu unterschätzen. Anders als beispielsweise in den angelsächsischen Ländern, wo unter der Neuen Rechten eine spezifische Spielart des autoritären Neoliberalismus (Thatcherism/Reaganism) verstanden wurde, schleppte die deutsche den historischen Ballast der Zwischenkriegszeit stets mit sich. Schon erste Analysen der *Jungen Freiheit* erkannten schnell ihren Charakter als „Plagiat" des Völkischen Nationalismus der Weimarer Zeit (vgl. Kellershohn 1994).

Der Impulsgeber Armin Mohler war in diesem Gründungsprozess ein wesentlicher Netzwerker, der Kontakte zwischen verschiedenen Generationen einerseits und besonders zwischen deutschen und französischen Rechten forcierte. Organe der klassischen Rechten wie *Nation und Europa*, die der ehemalige SS-Offizier Arthur Erhard herausbrachte, öffneten sich für jüngere Autoren mit neuen Ideen, wie Henning Eichberg und Alain de Benoist. Mit *Criticón* kam eine Zeitschrift hinzu, an der Mohler starken Anteil hatte und die den Konservatismus in seinem Sinne neu zu definieren trachtete. Ab 1979 verfolgte *wir selbst* einen nationalrevolutionären Anspruch und versuchte, auf das grüne Alternativmilieu einzuwirken. In den 1980er-Jahren wurde das neurechte Netzwerk noch ausgebaut. In Form des (in Nordhessen ansässigen) Thule-Seminars und der Zeitschrift *Elemente* bildete sich ein Theoriezirkel mit heidnisch-esoterischen Zügen, der an ähnlichen Strukturen um Benoist in Frankreich (GRECE und die Zeitschrift *Eléménts*) angelehnt war. Neurechte Aktivitäten konzentrierten sich also von Beginn an auf die Theorieebene, was sie seit den siebziger Jahren von der aktionistisch orientierten übrigen extremen Rechten unterschied. Alain de Benoist sollte schließlich mit dem Begriff „Metapolitik" das Konzept liefern, demzufolge einem politischen Sieg zunächst die Eroberung der „kulturellen Hegemonie" im vorpolitischen Raum vorausgehe. Daher konzentrierte die Neue Rechte ihre Kraft auf eine langfristige „Kulturrevolution von rechts" (vgl. Benoist 1985).

KONSERVATIV?

Neben dieser metapolitischen Konzeption und der auffällig intensiven Rezeption von Schmitt, Jünger, Spengler etc. zeichnet sich die Neue Rechte durch einen radikalen Antiliberalismus aus. Die Parole Moeller van den Brucks, „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde" ist bis heute der Schlachtruf, mit dem sie der „Dekadenz" der westlich-amerikanisierten Gesellschaft zu Leibe rücken

[1] vgl. Junge Freiheit 36/2001: S. 6.

möchte. (Moeller van den Bruck 1931: S. 69) Wichtigstes taktisches Merkmal ist dabei die Kennzeichnung nach außen als „konservativ“, obgleich die neurechten Positionen weit jenseits dessen sind, was sich nach 1945 als Konservatismus in der Bundesrepublik etabliert hatte. Unter dem Banner, die eigentliche deutsche „Identität“ zurückzuerlangen, werden unter Rückgriff auf autoritäre und völkische Vorstellungen vordemokratische Konzepte stark gemacht. Das entsprechende Leitmotiv dieser Kreise ist bis heute Mohlers Setzung „Die Definition, was ›konservativ‹ ist“, sei bereits „ein politischer Akt.“
(Mohler 1974: S. 14.)

Auf dieser Basis ist auch die Beziehung der Neuen Rechten zu politischen Parteien widersprüchlich und wechselhaft. Die meisten ihrer historischen Vorbilder sahen sich zumindest über den Parteien stehend, da sie die Demokratie verachteten. Auf Basis dieses grundsätzlichen Antiparlamentarismus stand das IfS dazu, „daß es mit seiner Arbeit stets auch versucht, junge Leute von einem Engagement in einer Partei abzubringen.“ (vgl. IfS, 2007, S. 3). Auch Moeller van den Bruck, der Kopf des „jungkonservativen“ Juni-Klubs in der Weimarer Republik formulierte als Ziel, die „Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern“. (Moeller van den Bruck 1931: S, 5) An die Stelle der Demokratie als einer „Herrschaft der Minderwertigen“ (vgl. E.J. Jung 1927) sollte der „Neue Staat“ (vgl. Schotte 1932) treten, ein ständestaatlich gegliedertes autoritäres System. In der Regierung des Reichskanzlers Franz von Papen und dessen „überparteilichem“ Kabinett kam man diesem Ideal bereits sehr nahe, die Ähnlichkeit mit dem *Fascismus* italienischer Prägung war augenfällig. Papens Schlag gegen die sozialdemokratische preußische Staatsführung 1932 deutete schon den neuen autoritär-antiparlamentarischen Weg an. Aus diesem Grund war das Verhältnis zur NSDAP umstritten, an der neben ihrem wenig exklusivem Charakter vor allem die Parteiform kritisiert wurde. Generell stand sie im Verdacht, die Demokratie eher zu stärken statt sie zu zerstören. Dennoch entschied sich Franz von Papen, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zu ermöglichen, in dem Glauben, ihre „plebejischen“ Kräfte einhegen zu können. Ein fataler Irrtum, wie sich im Juni 1934 zeigte, als unter dem Deckmantel der „Röhm-Krise“ die jungkonservative Schaltstelle um Vizekanzler Papen zerschlagen und u.a. dessen „jungkonservativer“ Redenschreiber E.J. Jung ermordet wurde. Immerhin ermöglichte diese Tragödie die Legitimationslegende der späteren Neuen Rechten, ihre Vorbilder aus der Konservativen Revolution seien die „ersten Opfer Hitlers“ gewesen.

In der Bundesrepublik war die Neue Rechte noch in den etablierten Politikbetrieb eingebunden. Ihr Stammvater Armin Mohler hatte als Berater von Franz Josef Strauß (CSU) und Leiter der Siemens Stiftung durchaus Wirkung entfalten können. Strauß persönlicher Referent Marcel Hepp, ein Schüler Mohlers, verfolgte die Strategie, die CDU durch eine bundesweit agierende CSU von rechts unter Druck zu setzen, um ihre Liberalisierung zu blockieren. Durch etablierte Akademiker wie Arnold Gehlen und Günter Rohrmoser waren ihre Inhalte anschlussfähiger als heute. In den Achtziger Jahren wurde das Studienzentrum Weikersheim, das der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger 1979 gegründet hatte, zu einer wichtigen Anlaufstätte für die Neue Rechte. Mit dem Ausbleiben einer erhofften tatsächlichen „geistig-moralischen Wende“ unter Helmut Kohl in den Achtziger Jahren löste sich das Band zur Union mehr und mehr. Die *Junge Freiheit* richtete sich an den extrem rechten Republikanern aus. Nach deren Verschwinden wurde zunächst der *Bund Freier Bürger* attraktiv, kurzzeitig setzte man die Hoffnungen auch auf den nationalen Flügel der FDP. Mit der Diagnose „Politik ohne Überzeugung“ (IfS 2005) war die während der rot-grünen Ära in der Opposition modernisierte CDU selbst mehr und mehr zum Feindbild geworden. Ein letzter Versuch, das Ruder innerhalb des etablierten Parteiapparates herumzureißen, stellte 2010 die Aktion „Linkstrend stoppen“ dar. In ihr versuchte insbesondere die *Junge Freiheit* gemeinsam mit den verbliebenen Nationalkonservativen in der CDU ein letztes Mal erfolglos, der Partei wieder ein rechtes Profil zu geben – und scheiterte. Durch Gründung der AfD hatte die Neue Rechte schließlich eine politische Heimat gefunden. Die *Junge Freiheit* kann als inoffizielle Parteizeitung der AfD gesehen werden. Vor allem Vertreter des völkischen Parteiflügels wie Björn Höcke und André Poggenburg sind in engem Kontakt mit dem Antaios-Verlagschef Götz Kubitschek. Aus den Schriften und Veranstaltungen des IfS saugt Höcke nach eigenen Aussagen „geistiges Manna“[2]. Die Fundraising-Plattform *einprozent.de*, der neben Kubitschek auch der AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider und der Nationalrevolutionär Jürgen Elsässer angehören, sammelt Geld, mit dem u.a. Aktionen der „Identitären“ unterstützt wurden. Der Preis ist der Verlust des rein intellektuellen Profils und eine Hinwendung zum Aktionismus und Rechtspopulismus.

GESCHICHTSREVISIONISMUS

Dabei zeichnet sich auch eine Annäherung an die klassische extreme Rechte ab, mit der es ohnehin stets Schnittmengen gab. Besonders augenfällig wurde das in geschichtspolitischen Fragen. Beide Strömungen teilten stets die Überzeugung, die Deutschen hätten mit der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden Demokratisierung wesentliche Teile ihrer Identität verloren. Die Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit diene aus dieser Sicht lediglich dem Ausland, um Deutschland weiter kleinzuhalten und zu erpressen. Geschichtspolitik gehört daher zu den zentralen Säulen neurechter Metapolitik. Davon zeugen auch wichtige Titel ihres Kanons wie Armin Mohlers *Vergangenheitsbewältigung* (1968) und *Der Nasenring* (1991), der Sammelband von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht *Die selbstbewusste Nation* (1994) und Thorsten Hinz *Die Psychologie der Niederlage* (2011). Gerade in ihrer Abwehr einer kritischen Aufarbeitung der deutschen Geschichte, insbesondere der Verbrechen des Nationalsozialismus, unterscheidet sich die Neue Rechte nicht von der alten. Im Fall Armin Mohlers kam es 1994 zum Konflikt mit der *Jungen Freiheit*, da Mohler sich für den Holocaust-Leugner Fred Leuchter eingesetzt hatte. Insgesamt herrscht in der Neuen Rechten eine ähnlich geschichtsrevisionistische Sicht vor wie in der alten. Insofern ist auch Björn Höckes Dresdner Rede auf einer Versammlung der „Jungen Alternative“ vom Januar 2017 zur „dämlichen Bewältigungspolitik“ fest in den neurechten Diskurs eingebettet.

Die Geschichte der Neuen Rechten ist ein langer, wechselhafter Weg. Ihr derzeitiger Aufwind ist der stärkste in den Jahrzehnten ihres Bestehens. Ihr erster Frühling in den Siebzigern spielte sich vor allem innerhalb des eigenen Milieus ab. Der Ansatz der Neunziger, den Deutschen nach der Wiedervereinigung den Weg zur Totalrevision der Nachkriegsgeschichte zu weisen, schien durch eine kurzzeitige Kooperation mit dem Ullstein-Verlag ein breiteres Publikum zu erreichen, blieb letztlich aber erfolglos. Auf die Ära Kohl folgte weniger die Renationalisierung als die Europäisierung und die Reformen von Rot-Grün. Ein erstes Einsickern ihrer „Kampfbegriffe“ (Carl Schmitt) in den breiteren politischen Diskurs fand 2010/11 im Zuge der Debatte um Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* statt, die *Junge Freiheit* und IfS für sich zu nutzen verstanden. Doch erst die Euro- und die „Flüchtlingskrise“ setzten Prozesse in Gang, die zur Gründung der AfD führten und einen umfassenden Rechtsruck in greifbare Nähe rückten. Im europäischen Vergleich hinkt Deutschland mit dem Aufschwung einer rechtspopulistischen Partei sogar noch hinterher. Insofern galt lange, was Richard Gebhardt zu Beginn der Flüchtlingskrise feststellte: „Die Rechte ist gegenwärtig nicht die Avantgarde, sondern die Nachhut.“ (Gebhardt 2014) Mittlerweile schickt sich diese Nachhut jedoch an, an der Spitze der Bewegung zu marschieren, von der sie selbst aus der Versenkung geholt werden musste.

Dr. Volker Weiß,
Historiker. Autor von Zeit und Jungle World. Befasst sich seit vielen Jahren mit Geschichte und Gegenwart der Neuen Rechten. Sein neues Buch ist im Frühjahr 2017 erschienen: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Klett-Cotta, Stuttgart 2017.

Foto: © Annette Hauschild, Berlin

[2] vgl. (https://www.youtube.com/watch?v=qLsetj1Lcbk)

LITERATUR

Benoist, Alain de (1985): *Kulturrevolution von rechts.* Gramsci und die Nouvelle Droite. Krefeld.

Gebhardt, Richard (2014): *Ihr Feind steht links*. In: Zeit Online v. 14. April 2014. http://www.zeit.de/kultur/literatur/2014-04/debatte-intellektuelle-rechte-in-deutschland/komplettansicht

Heimo Schwilk, Heimo / Ulrich Schacht, Lrich (Hrsg.) (1994): *Die selbstbewusste Nation*. Berlin u.a.

Hinz, Thorsten (2011): *Die Psychologie der Niederlage*. Berlin.

Institut für Staatspolitik (2005): *Politik ohne Überzeugung*. Merkels Union. Schnellroda.

Institut für Staatspolitik (2007): *Parteigründung von rechts*. Sind schlanke Strukturen möglich? Schnellroda.

Jung, Edgar Julius (1927): *Die Herrschaft der Minderwertigen.* Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich. Berlin.

Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (1994): *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit*. Münster.

Martin Langebach, Martin/Jan Raabe, Jan (2016): *Die »„Neue Rechte«“ in der Bundesrepublik Deutschland.* In: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, S. 561–592.

Moeller van den Bruck, Arthur (1931): *Das dritte Reich.* Hamburg.

Mohler, Armin (1968): *Vergangenheitsbewältigung.* Von der Läuterung zur Manipulation. Stuttgart.

Mohler, Armin (1974): *Von rechts gesehen*. Stuttgart.

Mohler, Armin (1991): *Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung*. München.

Sarrazin, Thilo (2010): *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen.* München.

Schotte, Walther (1932): *Der neue Staat.* Berlin.

Sellner, Martin/Spatz, Walter (2015): *Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger.* Schnellroda.

Wölk, Volkmar (2015): *Der gescheiterte Aufstieg.* In: Der Rechte Rand 157/2015: S. 8-109.

RECHTSEXTREM REGIERTE RATHÄUSER

ERFAHRUNGEN MIT DEM FRONT NATIONAL IN KOMMUNALPARLAMENTEN IN FRANKREICH

Vor 45 Jahren gründete sich der Front National als Rechtsaußenpartei in Frankreich. Seitdem liegen viele Erfahrungen mit Vertreterinnen und Vertretern dieser rechtsextremen Partei in kommunalen Parlamenten vor. Wie treten sie auf und welche Strategien verfolgen sie?

Der kleine *„Möchtegern-Führer"* ist empfindlich. Die liberale Pariser Abendzeitung Le Monde hatte ihn in einem Portrait vom 13. September 2014 als den *„Tyrannen von Lothringen"* tituliert. Solche und andere Kritik lässt der rechtsextreme Bürgermeister von Hayange, einer Kleinstadt mit 16.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im früheren Stahlrevier der ostfranzösischen Region Lothringen, nicht gerne auf sich sitzen. Fabian Engelmann, Jahrgang 1979, regiert seit April 2014 im örtlichen Rathaus. Seitdem hat die relativ kleine Kommune insgesamt für ihn 46.757 Euro an Justizkosten übernommen. Davon wurden allein 17.814 Euro dafür verwendet, interne Opposition und *„Dissidenten"*[1] aus dem eigenen politischen Lager des Bürgermeisters, der dem Front National (FN) angehört, juristisch zu attackieren. Weitere 13.843 Euro wurden dafür ausgegeben, Angehörige des Rathauspersonals mundtot zu machen, d.h. durch Prozesse einzuschüchtern.[2] Die Mehrheit des Geldes wurde also nicht einmal für den Kampf gegen tatsächliche politische Gegnerinnen und Gegner ausgegeben.

Der französische Front National (FN) ist eine zeitgenössische neofaschistische Partei, die am 5. Oktober 1972 unter maßgeblicher Mitwirkung von Jean-Marie Le Pen gegründet wurde. Entscheidende logistische und finanzielle Hilfe kam dabei von der italienischen 1946 als Fortsetzung des historischen Faschismus gegründeten Partei Movimento sociale italiano.

In den ersten zehn Jahren seiner Existenz blieb der Front National eine Splitterpartei. Ab 1982/83 feierte die Partei dann ihre ersten Wahlerfolge. Diese basierten auf einer rechten bürgerlichen Wählerschaft, die sich von den Konservativen abwandte. Ab den 1990er-Jahren kamen dann auch enttäuschte vormalige Linkswählerinnen und –wähler hinzu. Damit einher ging ein Wechsel von einem aggressiv neoliberalen zu einem stärker auf sozialer Demagogie fußenden Wirtschafts- und Sozialdiskurs.

Das ist nur ein Ausschnitt aus der politischen Wirklichkeit in mehreren Ecken Frankreichs. Rund 500.000 Menschen werden dort derzeit auf kommunaler Ebene durch Rechtsextreme regiert. Denn fünfzehn Rathäuser haben ein rechtsextremes Kommunaloberhaupt an ihrer Spitze; hinzu kommen nochmals ungefähr so viele Dorfrathäuser, die von parteifreien Listen regiert, jedoch faktisch von rechtsextremen Kommunalpolitikern geführt werden.[3] Ihre Amtszeit begann im April 2014 und läuft voraussichtlich bis Frühjahr 2020; in Frankreich finden die Kommunalparlamentswahlen, anders als in Deutschland, im ganzen Land zu einem gemeinsamen Datum statt.

NUR WENIG KONTINUITÄT

Als einzige rechtsextrem regierte Kommune weist Orange heute eine gewisse langjährige Kontinuität auf: Ihr Bürgermeister Jacques Bompard wurde 1995 zum ersten Mal gewählt, damals für den Front National. Er trat jedoch 2005 infolge von Konflikten mit dessen damaligem Chef Jean-Marie Le Pen, vor allem jedoch aufgrund seiner Opposition gegen die bereits beginnenden „Modernisierungsbemühungen" seiner Tochter Marine Le Pen, aus seiner vormaligen Partei aus. Bompard wurde dadurch keinesfalls *„gemäßigt"*, sondern kritisierte im Gegenteil lautstark die angebliche *„ideologische Aufweichung"* seiner früheren Partei und lancierte seine eigene Formation mit tatkräftiger Unterstützung der ansonsten eher außerparlamentarischen *„Identitären Bewegung"*. Bei der nunmehr vorletzten französischen Kommunalwahl im März 2008 gewann dann seine Gattin, Marie-Claude Bompard, das Rathaus der nahe gelegenen Stadt Bollène hinzu. Bei den Kommunalwahlen 2014 konnten die Eheleute Bompard diese beiden Rathäuser, Orange und Bollène, erneut gewinnen und unter ihrer Kontrolle behalten.

In den anderen Städten, deren Rathäuser ebenfalls im Juni 1995 – Toulon und Marignane – oder im Falle der Marseiller Vorstadt Vitrolles im Februar 1997 an den Front National fielen, riss diese Kontinuität dagegen nach wenigen Jahren ab. Die dortigen rechtsextremen Kommunalverwaltungen hatten sich in aller Regel schnell blamiert, weil sie sich, wie im Falle der Großstadt Toulon, als inkompetent und korrupt herausstellten.[4] Oder aber sie hatten durch eine scharf ideologisch markierte, rücksichtslose Politik Aufsehen erregt und Widerstände hervorgerufen.

Dies war anfänglich auch in Orange der Fall, wo in den Anfangsmonaten 1995-1996 etwa die örtliche Bibliothek aus ideologischen Gründen *„gesäubert"* wurde. Dabei, so lautete die Vorgabe, habe *„Literatur kosmopolitischen Geistes"* aus den Regalen zu verschwinden[5]; es traf dabei beileibe nicht nur Bücher linker Autoren, sondern auch zum Beispiel Kindermärchen aus China, Afrika und Haiti. Doch in Orange verstand es die Stadtverwaltung in den darauffolgenden Jahren, eine wesentlich geschmeidigere Politik zu verfolgen, weniger anzuecken und sich vor allem bei den Ladenbesitzern im Stadtzentrum durch Verschönerung der historischen Altstadt sowie durch kommunale Steuersenkungen beliebt zu machen. Die Außenbezirke und wenigen Hochhaussiedlungen, in denen die Wahlbeteiligung ohnehin relativ gering ausfällt, ließ man hingegen systematisch verkommen.

DREI GRUNDSÄTZLICHE POLITIKSTILE

Im Wesentlichen kann eine rechtsextreme Rathauspolitik in drei Richtungen gehen: Erstens kann sie versuchen, ihr ideologisches Programm umzusetzen. In den Aufgabenfeldern, für die die Kommunalpolitik zuständig ist, kann man dabei vorhandene Spielräume nutzen, etwa in der Kulturpolitik. In Vitrolles, wo die rechtsextreme Bürgermeisterin Catherine Mégret von Februar 1997 bis Oktober 2002 amtierte, wurden dabei sogar offen illegale Beschlüsse gefällt. Beispielsweise durch die Einführung einer *„Geburtenprämie"* in Höhe von 5.000 damaligen Francs nur für *„europäische Eltern"*. Diese wurde zwar Anfang 1998 innerhalb weniger Wochen nach ihrer Einführung vom Verwaltungsgericht kassiert und für illegal, weil diskriminierend, erklärt. Doch in den Worten der rechtsextremen Stadtregierung hatte die Justiz dabei nur demonstriert, *„dass die Gesetze schlecht sind, eine konkrete Hilfe für unsere Landsleute verbieten und deswegen auf nationaler Ebene abgeändert werden müssen"*[6] . Diese Art von Kommunalpolitik war auf Konflikt und Symbolpolitik ausgelegt.

Zum Zweiten können rechtsextrem geführte Kommunalregierungen umgekehrt versuchen, *„Normalität"* zu demonstrieren und die Politikfähigkeit ihrer jeweiligen Partei – im bürgerlichen Sinne – unter Beweis zu stellen. Zu einer solchen Ausrichtung gehört es, sich auf Praktiken wie etwa kommunale Steuersenkungen zu konzentrieren, die andernorts in ähnlicher Weise auch von Wirtschaftsliberalen oder Konservativen umgesetzt werden. Diese ökonomischen Maßnahmen lassen sich jedoch immer noch dazu benutzen, um auf indirektem Wege besonders *„Ausländervereinen"*[7] , sogenannten multikulturellen Institutionen oder politisch unliebsamen Vereinigungen den Geldhahn zuzudrehen.

Zum Dritten aber gibt es bei rechtsextremen Politikern auch die Versuchung, sich zum ersten Mal so richtig hemmungslos zu bedienen.

Vor allem die erste und die dritte genannte Variante ihrer Rathauspolitik schadeten den Rechtsextremen in der Vergangenheit, indem sie dazu beitrugen, ihren Ruf zu ruinieren. Ihre Kommunalpolitiker, die von 1995 bis 2001 Toulon regierten, wurden mehrfach wegen erwiesener Korruption und Vetternwirtschaft verurteilt. Infolgedessen verlor der FN bei den Kommunalparlamentswahlen im März 2001 die einzige Großstadt, welche er bis dahin regierte (Toulon zählt rund 180.000 Einwohner), bei der vier miteinander konkurrierende Listen aus der Erbmasse des örtlichen FN gegeneinander antraten.

In einem Radiointerview am 20. März 2014, wenige Tage vor den bislang letzten Kommunalwahlen, behauptete FN-Chefin Marine Le Pen dann auch, ihre Partei habe *„aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt"*. Heute strebe sie danach, eventuelle Selbstbedienungstendenzen bei ihren örtlichen Funktionären zu kontrollieren.[8]

[1] Am 27. Oktober 2014 war etwa die damalige erste Stellvertreterin des Bürgermeisters von Hayange, die Lokaljournalistin Marie Da Silva, mit lautem Getöse zurückgetreten. Ursächlich dafür war der autoritäre und selbstherrliche Führungsstil der „Nummer Eins" im Rathaus. Vor laufenden Kameras zerriss sie ihren Mitgliedsausweis des Front National (FN) von Marine Le Pen.

[2] Zahlen zitiert n. Tageszeitung L'Humanité vom 16./17./18 Dezember 2016.

[3] Hingegen hat es die extreme Rechte bislang nicht geschafft, auch auf regionaler Ebene Regierungsgewalt zu erlangen. Entgegen manch anderslautenden Vorhersagen scheiterte der Front National bei den französischen Regionalparlamentswahlen vom 06. und 13. Dezember 2015 bei dem Vorhaben, nunmehr auch einzelne Regionalregierungen zu übernehmen.

[4] Vgl. http://section-ldh-toulon.net/Toulon-1995-2001-la-gestion.html (Zugriffsdatum 4.2.2017)

[5] Vgl. Artikel 1996 (1): http://www.liberation.fr/france-archive/1996/06/12/la-mairie-fn-nettoie-orange-par-la-peur-nepotisme-intimidations-censure-jacques-bompard-et-son-equip_174690 (Zugriffsdatum s.o.)

[6] Vgl. Artikel von 1998 (1) http://didier-hacquart.over-blog.com/article-5273170.html (Zugriffsdatum 4.2.2017)
Sowie Artikel von 1998 (2) http://www.liberation.fr/france/1998/04/17/vitrolles-la-prime-megret-jugee-illegale_233328 (Zugriffsdatum s.o.)
und Bruno Mégret (damals Chefideologe des FN) in seiner eigenen Erinnerung dazu in einem Film von 2017, zwischen Minute 53 und Minute 54: https://www.youtube.com/watch?v=bheLTQa4Qls (Zugriffsdatum s.o.)

[7] Vgl. beispielsweise: http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/01/quelles-sont-les-mesures-prises-par-les-maires-front-national_4410274_823448.html (Zugriffsdatum s.o.)

[8] Was den FN-Bürgermeister von Le Pontet, Joris Hébrard, nicht darin hinderte, im Frühjahr 2014 sein eigenes Gehalt vom Kommunalparlament um 44 Prozent erhöhen zu lassen. Der Beschluss wurde jedoch im Juni desselben Jahres durch den Präfekten (der Vertreter des Zentralstaats, der auch die Rechtsaufssicht über die Kommunen besitzt) annulliert.

Die Parteivorsitzende kündigte in demselben Interview auch an, allzu radikale Bestrebungen werde man in den künftig vom FN regierten Rathäusern ebenfalls unterlassen. So verwarf sie den Begriff und das Konzept des *„Laboratoriums“*; in den 1990er Jahren waren die damals vom FN regierten Städte noch als dessen *„Versuchslabore“* bezeichnet worden.

„SPARSCHWEINEREIEN“

Sparbeschlüsse sind eine Komponente der Politik rechtsextremer Rathausregierungen, die heute offensiv vertreten werden. In Hénin-Beaumont in Nordostfrankreich verkündete Bürgermeister Steeve Briois etwa, ab 2015 würden umfangreiche Sparbeschlüsse umgesetzt. Die frühere Bergarbeiterstadt wurde vom FN im März 2014 bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewonnen, alle anderen Rathäuser eroberte die Partei jeweils im zweiten Wahlgang. Sehr bald nach Amtsantritt wurde entschieden, die Wohnsteuer um zehn Prozent zu senken; gegen die erklärte Auffassung des Rechnungshofs, der geltend machte, die Kommune sei bereits mit über dreißig Millionen Euro verschuldet.
In dem Zusammenhang ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass eine Steuersenkung mit festem prozentualem Anteil den Steuerpflichtigen umso mehr Geld erstattet, je mehr sie an Wohnsteuer bezahlen, also desto größer ihre Wohnung ausfällt. Die Maßnahme begünstigt also nicht in erster Linie die sozialen Unterklassen, an die der FN sich gerade im früheren Kohlerevier in Nordostfrankreich im Wahlkampf beharrlich wandte.

„SÄUBERUNG“ UNTER DEN ÖRTLICHEN VEREINEN UND INITIATIVEN

Ebenfalls als eine der allerersten Maßnahmen der neuen, rechtsgeführten Verwaltung wurde am 08. April 2014 bekannt, dass der Liga für Menschenrechte – LDH – ihre bislang kostenlos vom Rathaus zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten entzogen werden. Die traditionsreiche Menschenrechtsvereinigung (die LDH besteht seit 1898) war bis dahin durch die Gemeinde in einem Raum, der 20 Quadratmeter misst, beherbergt worden. Die neue Rathausmehrheit beschloss mit den Stimmen des Front National, nachträglich *„36.000 Euro geschuldeter Mietzahlungen“* einzufordern. Am 9. April erklärte der parteilose, doch für den FN in die Nationalversammlung gewählte Abgeordnete und kamerasüchtige Anwalt Gilbert Collard, wäre er an der Stelle von Briois gewesen, hätte er *„die LDH nicht hinausgeworfen“*, denn dies gebe nur *„jenen Nahrung, die uns in die faschistische Ecke abdrängen wollen“*[9]. Stattdessen hätte er von der Vereinigung gefordert, *„einen Mietvertrag zu unterzeichnen und (künftig) zu bezahlen“*.

Um eine etwaige desaströse Wirkung auf die öffentliche Meinung zu verhindern, korrigierte die rechtsextreme Kommunalführung von Hénin-Beaumont ihren Beschluss im Mai 2014, indem sie eine andere Sozialvereinigung, Restaurants du coeur , die Armenhilfe betreibt, ins Rathaus zu einem Empfang bei Schnittchen und Sekt einlud und ihr danach städtische Mittel zur Verfügung stellte.

In der Mehrzahl der Fälle läuft die Einflussnahme auf das lokale Vereins- und Initiativenleben jedoch nicht auf derart offene und brutale Weise ab wie beim Entzug des Lokals für die LDH, sondern vielmehr in einem schleichenden Prozess. So werden einzelne Vereine und Initiativen bevorzugt, wenn sie *„auf Linie“* gegangen sind. Umgekehrt werden andere Strukturen, die unabhängig bleiben möchten, benachteiligt. Materielle Unterstützung, wie etwa die Nutzung eines Lautsprecherwagens, wird im Rathaus versprochen, und in letzter Minute wird die Zusage dann zurückgezogen. In anderer Form wird auch direkt in das Innenleben von Vereinen oder Initiativen eingegriffen. Die Amicale laïque, ein historischer, nicht-religiöser Geselligkeitsverein, musste sich in einem Abkommen mit der Stadtverwaltung – im Gegenzug zu bescheidenen Hilfsleistungen – dazu verpflichten, in jeder Ausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift dem rechtsextremen Bürgermeister zu danken und ihn zu jedem ihrer Anlässe einzuladen. Dieser Verein entschied sich dafür, die Vereinbarung zu unterzeichnen. Daraufhin wurden Ehrenamtliche, die sich der FN-Rathausführung widersetzen, aus ihren Ämtern gedrängt.

Allgemein stellen sich die FN-geführten Rathäuser auf den Standpunkt, ihre Amtsperiode müsse notfalls auch durch harte Sparmaßnahmen (vor allem auf Kosten von Subventionen an zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen) einerseits und durch kommunale Steuersenkungen andererseits geprägt werden. In Mantes-la-Ville rund fünfzig Kilometer westlich von Paris, der einzigen FN-regierten Stadt im Großraum Paris, wurde etwa das Gesamtbudget zur Unterstützung aller Vereine und Initiativen der Kommune vom Jahr 2015 auf 2016 um insgesamt 35 Prozent abgesenkt.

DER TON WIRD RAUER!

Drei Gegnerinnen des rechtsextremen Bürgermeisters Robert Ménard in Béziers erhielten Todesdrohungen, wie die Zeitung Midi Libre am 24. Oktober 2015 berichtete:
Alle drei erhielten einen Brief mit dem Absender *„Ku Klux Klan“*. Das Schreiben, das mit zweifelhafter Rechtschreibung abgefasst wurde, enthält eine Abbildung, auf der sich ein KKK-Mann mit weißer Kapuze und ein anderer Mann mit der Aufschrift *„White League“* die Hand reichen. Im Hintergrund sieht man einen erhängten Schwarzen. In dem Brief wird den drei Empfängerinnen ihr *„vorprogrammierter Tod“* angekündigt; eine von ihnen wird ferner als *„Araberhure“* bezeichnet, und es wird ihr angekündigt, *„wie eine Palästinenserin (zu) krepieren“*.

Zuvor waren die solcherart Bedrohten in der vom Rathaus herausgegebenen kommunalen Monatszeitung Le Journal de Béziers heftig angegriffen und als *„Chefs der Unruhestifter im Stadtrat“* bezeichnet worden.

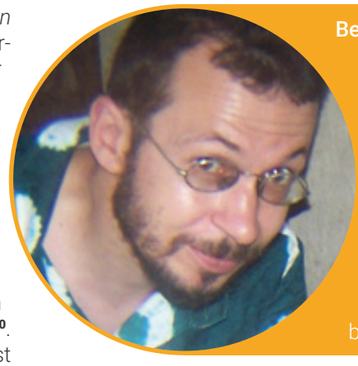
Der Bürgermeister von Béziers handelte sich selbst in anderem Zusammenhang Ärger ein. Am 24. September 2015 beleidigte Robert Ménard einen Lehrer in seiner Stadt, der sich geweigert hatte, ihm die Hand zu geben, und ihm stattdessen mündlich als petit con (sinngemäß: *„armer Idiot“*) *„Guten Tag“* sagte, und drohte ihm an, er werde seine Strafversetzung weg aus der Stadt veranlassen.

Am Abend des 4. Mai 2015 tönte der damals 61-Jährige anlässlich einer im Fernsehen ausgestrahlten Debatte, es sei nun genug mit ständigen Forderungen nach Mittelausstattungen für die Schulen in seiner Stadt, denn diese zählten angeblich *„64,6 Prozent muslimische Kinder“*[10]. Die haarsträubende Behauptung lässt sich statistisch nicht belegen, denn sogenannte statistiques ethniques – also Statistiken, in denen soziale Merkmale der Bevölkerung oder von einzelnen Personen nach Herkunft, Abstammung oder auch nach Konfessionszugehörigkeit aufgeschlüsselt erscheinen – sind in Frankreich ausdrücklich gesetzlich verboten.

Ménard behauptete nun lautstark, sein Rathaus habe selbst eigene Statistiken anfertigen lassen. Dies sei leicht, denn *„auch wenn man das Gegenteil behauptet, kann man die Konfessionszugehörigkeit doch leicht von den Namen und Vornamen ableiten“*. Angesichts dieses freimütigen Bekenntnisses zu einer vollkommen illegalen Praxis reagierte die Staatsanwaltschaft schnell und leitete ein Ermittlungsverfahren ein.

Ménard ruderte an den beiden darauffolgenden Tagen dann zurück und behauptete nun: *„Niemand wird in Béziers nach Religionszugehörigkeit gespeichert, niemand. Wir haben überhaupt nicht die Mittel dazu!“*

Am 6. Dezember 2016 stoppte die Justiz ein anderes Vorhaben des Rathauschefs von Béziers, das offenkundig illegal war, jedoch zu eindeutig politischen Propagandazwecken angekündigt wurde. Im Januar 2017 wollte Ménard demnach ein örtliches Referendum abhalten, das einer durch Premierminister Viktor Orban im Oktober 2016 in Ungarn anberaumten Volksabstimmung nachempfunden war. Orban hatte die ungarische Bevölkerung darüber abstimmen lassen, ob sie nun gegen oder gegen, pardon: ob sie für oder gegen die geplante EU-weite Umverteilung von Geflüchteten (die in Griechenland oder Italien gestrandet waren) sei. Das Referendum scheiterte jedoch an einer zu geringen Beteiligung. Ménard mochte seinerseits von der örtlichen Bevölkerung wissen, ob sie nun wirklich mit der Zuweisung von Asylsuchenden durch den französischen Staat – durch die Zentralregierung – an *„seine“* Stadt einverstanden sei. Dieses Vorhaben wurde mit enormem Getöse in den Kommunalzeitungen, die unter Robert Ménard in offene Propagandaschriften umgewandelt worden sind, angekündigt. Das zuständige Verwaltungsgericht in Montpellier stoppte das geplante Referendum jedoch als illegal.



Bernhard (Bernard) Schmid, Dr. iur.,
1987 in Süddeutschland geboren, seit 1992 teilweise und seit 1995 vollständig in Paris lebend. Jurastudium mit Spezialisierung im Arbeitsrecht. Hauptberuflich Jurist, davon 7,5 Jahre bei einer antirassistischen NGO beschäftigt und ein Jahr als juristischer Berater beim gewerkschaftlichen Dachverband CGT. Nebenberuflich freier Journalist und Autor.

EINE VORLÄUFIGE BILANZ

Im Frühjahr 2017 ist die Regierungszeit der im März 2014 für eine sechsjährige Amtszeit gewählten Kommunalregierungen bei ihrer *„Halbzeit“* angelangt. Zwar ist es für ein umfassendes Gesamturteil noch relativ früh. Dennoch lassen sich einige erkennbare Tendenzen in der rechtsextremen Kommunalpolitik deutlich herauslesen.

So wird deutlich, dass das Versprechen, in Zukunft nun wirklich alles irgendwie anders zu machen als die *„etablierten Parteien“*, erwartungsgemäß nicht eingehalten wurde. Soziale Verbesserungen fielen aus, oder es traten sogar massive soziale Verschlechterungen ein, weil – u.a. aufgrund der lokalen Steuersenkungspolitik – für kommunale Sozialeinrichtungen kein Geld mehr da ist.
Viel Aufmerksamkeit über ihre eigenen Kommunalgrenzen hinaus erregten die Stadtregierungen des Front National jedoch, wenn sie Symbolpolitik im Sinne ihrer rassistischen Ideologie betrieben. Wie etwa mit den oben erwähnten Plänen für ein *„Referendum“* in Béziers zum Thema Migration, oder mit der Umbenennungen von Straßennamen, auf denen etwa an das Datum *„19. März 1962“* und damit an den Waffenstillstand zum Ende des Algerienkriegs erinnert wurde. Hierüber möglichst viel öffentlichkeitswirksamen *„Radau“* zu veranstalten, darin lag die vielleicht größte Befriedigung rechtsextremer Kommunalpolitiker in den letzten drei Jahren.

[9] Vgl. dazu: http://lelab.europe1.fr/Gilbert-Collard-n-aurait-pas-vire-la-Ligue-des-droits-de-l-homme-comme-l-a-fait-Steeve-Briois-a-Henin-Beaumont-13936 (Zugriffsdatum 4.2.2017) und http://www.ldh-france.org/IMG/pdf/revue_de_presse_du_4_au_10_avril_2014.pdf (Zugriffsdatum 4.2.2017)

[10] http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/05/05/quand-robert-menard-fiche-les-enfants-des-ecoles-de-beziers_4627511_823448.html (Zugriffsdatum 4.2.2017)

„Positive Erfahrungen ermöglichen!"

INTERVIEW MIT DR. JOACHIM WONDRAK
vom Verein *Welcome In! Fulda e.V.*

Was macht der Verein Welcome In!?
Joachim Wondrak: Welcome In! arbeitet zu Migration und setzt sich für eine vielfältige, offene Gesellschaft ein. Wir haben inzwischen als Kernstück das *Welcome In!- Wohnzimmer*, wo fast unübersichtlich viele Aktivitäten stattfinden. Aber auch an anderen Orten wie z. B. einer Gemeinschaftsunterkunft sind wir aktiv. Dort gibt es Deutschkurse und das Mittwochscafé. Außerdem gibt es Sport- und Freizeitangebote. Im Wohnzimmer finden Asylberatung, Englischkurse, Strickkurse, Musikunterricht, Malkurse und auch Angebote nur für Frauen statt. Seit Neuestem haben wir einen Veranstaltungskalender mit Veranstaltungen wie Flucht im Wandel der Zeiten und Diskussionsabenden; Filme werden gezeigt, es gibt kulinarische Länderabende und die Wohnzimmerweltreise, wo verschiedene Regionen der Welt vorgestellt werden. Es gibt Veranstaltungen aller Art. Das Angebot entspricht meiner politischen Überzeugung und es wird sehr gut und professionell gemacht.

Wie hat sich Ihre Arbeit in den letzten Jahren, vor allem seit 2015 mit den hohen Flüchtlingszahlen geändert?
Dadurch, dass wir damals schon eine Struktur hatten, konnten wir sehr gut auf die Situation reagieren und Angebote zur Unterstützung machen. Damals ging es in erster Linie um Informationsweitergabe, Begleitung zu Behörden, Vertragsfragen, aber auch um alternative Stadtspaziergänge. Aus den jeweiligen Bedarfen haben sich dann die Strukturen für Angebote wie Mittwochscafé und Deutschkurse entwickelt. Die Idee für ein Wohnzimmer gab es schon länger und da hat es sich bei ansteigenden Flüchtlingszahlen gut gefügt, dass wir dann einen Ort schaffen konnten, wo Sitzungen stattfinden und es einen offener Begegnungsraum gibt, der fast ausschließlich ehrenamtlich betrieben wird.

Wie sind die Reaktionen auf Ihr Engagement?
Allgemein gesehen sind die Reaktionen wohlwollend positiv. Das hat sicher auch mit unserer Einstellung zu tun, zu vermitteln, dass wir Brücken bauen und deutlich machen, dass positive Erfahrungen möglich sind. Das bringen wir in die Öffentlichkeit, in die Presse beispielsweise auch während der interkulturellen Woche. Wir werden mit unserer Expertise ernst genommen, auch wenn wir mal kritische Töne von uns geben. Wenn etwa in den Gemeinschaftsunterkünften Probleme und Schwierigkeiten bestanden, dann haben wir ein SOS-Team, das gesammelt und dokumentiert hat, und dann konnten wir zum Betreiber bzw. mit dem Landkreis ins Gespräch gehen, was auch sehr gut funktioniert hat. In der Bevölkerung gibt es, glaube ich, eine hohe Akzeptanz, soweit Welcome In! bekannt ist.

Wie nehmen Sie die gegenwärtige gesellschaftliche Stimmungslage wahr?
Die allgemeine Großwetterlage nehmen wir sehr kritisch wahr, weil all das, was wir positiv versuchen zu tun, Familiennachzug, Beratung und Unterstützung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen, immer schwieriger wird. Das, was man als Festung Europa beschreiben kann, ist etwas, was die Arbeit schwierig macht. Trotzdem versuchen wir, im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv in der Integrationsarbeit tätig zu sein. Da tun sich neue Themen auf wie Integration in den Arbeitsmarkt oder Wohnen außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft. Wenn nun Herr Seehofer argumentiert, durch ein Einwanderungsgesetz, das gelingende Integration berücksichtigt, würden falsche Anreize geschaffen, dann ist das konträr zu unseren Einstellungen. Die Einflussmöglichkeiten eines lokalen Vereins sind da natürlich begrenzt.

Ich glaube, es hat sich grundsätzlich nicht allzu viel getan. Latenten Rassismus gibt es schon lange, das zeigt sich aktuell in krasser Form durch AfD, Pegida oder den III. Weg. Letztere haben hier in Fulda im vergangenen Jahr eine Demo gemacht und meinten, sie müssten da auch unser *Wohnzimmer* besuchen. Ohne die starke Polizeipräsenz damals wäre es sicher zu Krawallen oder Schlägereien gekommen. Das war ein recht deutliches Zeichen, wie stark die Polarisierung ist. Es war aber ermutigend zu sehen, wie viele Menschen sich auf einer großen Gegendemonstration dem entgegengestellt haben. Es gibt auch immer wieder Auseinandersetzungen und Reibereien mit rechtsorientierten Leuten, die bei uns auftauchen. Es gab mal einen Frauendeutschkurs, wo ein Typ kam und sich breitgemacht hat. Zum Glück kam dann der Mann der Kursleiterin, und dann konnte einfacher vom Hausrecht gebraucht gemacht werden.

Woraus ziehen Sie die Energie für Ihre Arbeit?
Persönliche Überzeugungen und positive Erfahrungen, dass das, was wir tun, gut funktioniert. Wir können eine Art Community bilden, wo geflüchtete Menschen dabei sind, sich engagieren und ein positives Miteinander umsetzen. Also z. B. gemeinsame Freizeitaktivitäten, durch gegenseitige Unterstützung, z. T. durch gemeinsames Wohnen. Dass man merkt, dass, das was wir gedanklich vorwegnehmen, sich mit sehr vielen positiven Erfahrungen auch umsetzen lässt, führt dazu, dass wir uns weiter gerne engagieren.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft?
Fangen wir gesellschaftlich an: offene, tolerante Gesellschaften, in Deutschland, Europa, weltweit. Eine andere Politik, eine andere Wirtschaftsform, sodass Menschen möglichst wenige Gründe haben, fliehen zu müssen.

Für uns wünsche ich, dass wir nicht frustriert sind, dass es weiter voran geht und eine professionelle Basis erhalten bleibt mit zwei, drei Personen, die das Ganze strukturieren, damit das Angebot in Fulda weiter besteht und vielleicht auch als Vorbild für andere Städte dienen kann. Uns sollte es noch stärker gelingen, in die Fuldaer Bevölkerung hineinzuwirken und da aktive Teilnehmende zu erreichen.

Das Interview führte Christopher Vogel/MBT Hessen im August 2018

Welcome In!
wurde im Jahr 2009 gegründet als Fuldaer Ortsgruppe der „save me"-Kampagne, die vor Ort um die Aufnahme von Geflüchteten, die in Kriegsregionen festsitzen, warb. Der Verein hat ca. 60 Mitglieder, zurzeit zwei hauptamtliche halbe Stellen, die hauptsächlich aus Mitteln des Landes Hessen finanziert werden. Dazu kommen immer wieder Minijobs. Der Verein betreibt seit 2017 das *Welcome-In! Wohnzimmer* und seit 2018 das *Welcome In!-Studio* in Fulda.
www.welcome-in.org
Dr. Joachim Wondrak lehrt Soziale Arbeit an der HS Fulda und engagiert sich seit 2014 bei Welcome In!

„... wir kämpfen da an allen Enden"

INTERVIEW MIT PHILIPP EBERT UND BENJAMIN HOLMLER
vom Bündnis *„Fulda stellt sich quer"*

Was machen Sie, welche Projekte gibt es und seit wann gibt es Sie?
B. H.: Gegründet haben wir uns 2015, die Idee entstand aus Anlass des 70. Jahrestags des Kriegsendes. Aus einer Veranstaltung, die geplant war, wurden am Ende sehr, sehr viele.
P. E.: Das war eine Veranstaltungsreihe zum 8. Mai, aber ich würde sagen, der konstituierende Moment war die Ankündigung einer *„Fugida"*-Veranstaltung damals, gegen die wir innerhalb von einer Woche eine Demo organisiert haben, zu der bei Wind und Wetter über 1000 Leute gekommen sind. Im Zuge dessen hat sich ein altes Aktionsbündnis, das schon seit Jahren bestanden hat, noch mal neu formiert, und daraus ist dann das Bündnis *„Fulda stellt sich quer"* geworden und Ende des Jahres dann auch der Verein.

Was machen Sie aktuell?
P. E.: Wir leisten Aufklärungsarbeit, Präventionsarbeit und pflegen die Erinnerungskultur, das äußert sich in Veranstaltungen wie zum Beispiel zum 8. Mai.
B. H.: Da wurden Texte von Autoren vorgelesen, deren Bücher damals verbrannt und verboten wurden.

P. E.: Oder die Ester-Bejerano-Veranstaltung, zusammen mit der Mikrofon-Mafia, natürlich auch Demonstrationen, wenn was ansteht, gegen die AfD, gegen rechte Bündnisse oder Organisationen, da sind wir relativ flexibel.
B. H.: Und wir leisten auch Aufklärungsarbeit, wie zum Beispiel, als der III. Weg hier Streife gelaufen ist und probiert hat, seine Bürgerwehr zu installieren, haben wir Veranstaltungen gemacht, in denen wir über den III. Weg informiert haben.

Gab es denn irgendwelche Änderungen in Ihrer Arbeit in der letzten Zeit?
B. H.: Jetzt aktuell sind wir mit Demonstrationen, die wir angemeldet haben, völlig ausgelastet. Was die Veranstaltung mit Beatrix von Storch angeht, nächste Woche, stellen wir sogar ein Festival auf die Beine mit Demonstrationszügen. Aber die Erinnerungskultur kommt auch da nicht zu kurz, wir kämpfen da an allen Enden. Wenn viel von der AfD ausgeht, die gerade viele Veranstaltungen während des Wahlkampfes gemacht hat, dann geht man natürlich noch mal gezielter darauf ein.

Was würdet Sie denn sagen, was Ihnen gelungen ist?
P. E.: Es ist uns gelungen sehr viele, sehr unterschiedliche Organisationen und Parteien und Initiativen in Fulda ins Boot zu bringen, ja das würde ich als gelungen bezeichnen.
B. H.: Das auf jeden Fall. Und auch Veranstaltungen wie beispielsweise letztes Jahr der Protest gegen den III. Weg, da war wirklich die komplette Stadt auf den Beinen.
P. E.: Wir haben es geschafft, trotz der kritischen Stimmen, ein Bewusstsein für das Problem vor Ort zu schaffen. Fulda ist nun mal eine AfD-Hochburg, das hat man an den Ergebnissen der Bundestagswahlen gesehen und ich denke, das ist den Menschen auch bewusst, das ist auch unseren Kritikern bewusst. Deren Abneigung gegen uns gibt uns im Endeffekt nur recht.

Was ist Ihnen nicht gelungen?
B. H.: Also für wenig gelungen halte ich eine Gegenveranstaltung zum Auftritt von Beatrix von Storch im letzten Jahr, wo wir dazu aufgerufen haben, in der Nähe der Veranstaltung Lärm zu machen, und am Ende mit knapp 20 – 25 Teilnehmern dastanden und uns gegenüber waren knapp 300 Rechte auf der AfD-Veranstaltung.
P. E.: Ein paar tapfere Linke

Welche Gründe sehen Sie dafür, dass sich so viele unterschiedliche Leute Ihrem Bündnis angeschlossen haben?
P. E.: Ich denke, das liegt an dem Minimalkonsens, dass wir gegen Rechtsextremismus vorgehen und ansonsten keine weitere ausschweifende politische Agenda verfolgen. Darauf können sich sehr viele unterschiedliche Leute einigen, die sich in anderen Fällen nicht zusammentun würden. Und mit jeder Linie, die in den letzten drei Jahren von den Rechten aufs Neue überschritten wurde, und jedes Mal wenn die Latte etwas höher gehängt wurde, bei rechten Äußerungen oder Aktionen, kommen mehr Leute zu uns, die etwas gegen rechts machen wollen. Jetzt haben die Vorfälle in Chemnitz noch mal ganz besonders vorgelegt, da kommen in der letzten Zeit sehr viele neue Menschen zu uns.

Welche Reaktionen auf Ihr Bündnis gibt es in der Region?
B. H.: Breit gefächert, von kompletter Ablehnung bis hin zu Zuspruch, haben wir alles dabei. Wir bekommen zum Beispiel über unsere Facebookseite des Öfteren Nachrichten, die weniger freundlich sind.
P. E.: Also es sind dann schon teilweise Hassbotschaften, die wir bekommen, bis teilweise hin zu Gewaltandrohungen, ich denke das kennt jeder, der solche Bündnisse in Deutschland auf die Beine stellt.
B. H.: Vor allem viele Unterstellungen, dass wir beispielsweise ein linksextremer Terrorhaufen wären oder irgendwelche Gastwirte bedrohen würden.
P. E.: Oder dass wir zu Gewalt aufrufen würden oder mit Kot um uns werfen.
B. H.: Also da handelte es sich um ein Flugblatt vom *III. Weg* wegen *„Heldengedenken"*, auf dem stand, wir hätten unsere Notdurft an einem Gedenkstein hinterlassen und wir hätten da massiv randaliert an einer Gedenkstelle, was natürlich vollkommener Quatsch war.

Wie nehmen Sie die allgemeine gesellschaftliche Stimmung hier gerade wahr?
P. E.: Also noch nehme ich es als relativ gesittet wahr, aber ich habe den Eindruck, dass das ein Schweigen vor dem großen Sturm ist, der die nächsten Wochen kommen könnte, wenn sich die Lage noch mehr zuspitzt.
B. H.: Also ich muss sagen, in den letzten drei Jahren ist mir persönlich aufgefallen, dass diese Gesellschaft schon immer weiter nach rechts rückt. Wenn man sich mit den Leuten aus den Dörfern rund um Fulda unterhält, da kann man schon wirklich sagen, egal wie alt die Leute sind, es ist teilweise schon erschreckend, welche Einstellungen die Menschen da haben gegen Muslime, gegen Geflüchtete, gegen Migranten, das ist wirklich erschreckend.

Was wünscht Sie sich für die Zukunft?
B. H.: Also in Zukunft wollen wir natürlich auch weiter aufklären. Über rechte Organisationen und wie die agieren.
P. E.: Also, mein Ziel für die Zukunft wäre es, zunächst einmal diejenigen, die *„auf der Kippe stehen"*, mit Dialog und Aufklärung zu erreichen und diejenigen, die nicht mehr aufzuklären sind, aufzuhalten, mit dem Ziel, diese Organisationen und auch die AfD gesellschaftlich langfristig soweit zu isolieren, dass sie keinen politischen Einfluss mehr ausüben. Und zwar durch die Mithilfe aller Bürgerinnen und Bürger, aller Demokraten. Ich denke, das muss eigentlich das Hauptziel unseres Bündnisses sein.

Das Interview führte Kirsten Neumann / MBT Hessen im September 2018

„Raus in die Gesellschaft und dort aktiv sein"

INTERVIEW MIT JULIAN UND ANTONIA RÖSNER
Sprecher*innen des Bündnisses *„bunt statt braun-Hersfeld-Rotenburg"*

Für welche Region steht Ihr Bündnis und wie sind Sie entstanden?
A. R.: Unser Bündnis bezieht sich auf den gesamten Landkreis Hersfeld-Rotenburg und ist im Jahr 2015 aus dem Bündnis *„Runder Tisch gegen Fremdenfeindlichkeit – für Toleranz"* entstanden, das war relativ klein und ein bisschen in sich gekehrt. Unser Ansporn war, sich zu öffnen, und daraufhin ist unser Bündnis entstanden.

Was machen Sie?
A. R.: Ganz allgemein wollen wir versuchen, rassistisches, fremdenfeindliches Denken und Diskriminierung im Keim zu ersticken. Wir versuchen, präventiv anzusetzen, durch verschiedene Veranstaltungen und Formate, Ausstellungen, aber auch durch alternative Stadtführungen, Kinovorführungen.
J. R.: Und was wirklich auch schön ist, dass sich auch innerhalb des Bündnisses verschiedene Arbeitskreise gebildet haben. Ein Projekt, das aus dem Bündnis hervorgegangen ist, ist das Projekt *„AG Zeitsprünge"*. Dort wollen wir verschiedene lokale historische Themen aufarbeiten und schaffen damit noch eine historische Sensibilisierung bei den Menschen im Landkreis.

Hat sich in den letzten Jahren Ihre Arbeit im Bündnis verändert?
J. R.: Also definitiv. Im Gründungsjahr 2015 lag unsere Kernthematik auf der Flüchtlingsarbeit. In den letzten Jahren, mit dem Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und in ganz Europa, hat sich die thematische Arbeit des Bündnisses von der Flüchtlingsarbeit weg und hin zu Rechtspopulismus und Rassismus bewegt. Insofern hat da schon ein kleiner *„turn"* stattgefunden.

A.R.: Prinzipiell versuchen wir ja präventiv zu wirken, aber jetzt gerade im Wahljahr[1], fanden natürlich auch viele Wahlkampfveranstaltungen von der AfD hier im Kreis statt. Menschen aus der Region sind auf unser Bündnis zugekommen und wir hatten viele Anfragen zur Vorbereitung von Protestaktionen, auch aus kleinen Dörfern, in denen Veranstaltungen der AfD stattgefunden haben. Da hat sich unsere Arbeit schon so ein bisschen verändert. Aus der Präventivarbeit weg hin zu einer eher aktiveren Arbeit auch vor Ort.

Was ist Ihnen gelungen? Was hat gut geklappt?
J. R.: Man kann im Großen und Ganzen sagen, dass wir im Landkreis als antifaschistisches Bündnis, das sich gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Rassismus engagiert, wahrgenommen werden.

Wo gab es bei Ihnen Hürden oder Probleme? Was hat eventuell nicht gut geklappt?
J. R.: Wir versuchen immer, neue Leute anzuwerben, machen auch immer kräftig Werbung für das Bündnis und sagen auf verschiedenen Veranstaltungen, wann und wo unsere Treffen stattfinden und dass wirklich jeder willkommen ist, der sich engagieren möchte. Leider ist uns da nicht gelungen, neue aktive Mitglieder zu gewinnen.
A.R.: Und was ich auch schade finde, dass die Menschen, die von Rassismus oder Diskriminierung betroffen sind, nicht in diesem Bündnis sitzen. Das wäre auch perspektiverweiternd, denn wir kämpfen zwar wegen dieses Themas, sind aber selbst nicht betroffen. Und deswegen wäre es erstrebenswert, People of color, Migrant*innen und Geflüchtete, die von diesen Vorfällen betroffen sind, mit in dieses Bündnis zu integrieren.

Eine weitere Sache ist unsere Altersstruktur, die jüngsten sind so 30 Jahre alt, also wir sind schon etwas älter. Gerade unsere AG Zeitsprünge, da sind schon alle Menschen über 50/60 Jahre alt. Wir hoffen einfach auf Nachwuchs.

Welche Reaktionen von Politik und Gesellschaft gibt es in der Region auf Ihr Bündnis?
J.R.: Von politischer Seite haben wir bis jetzt weitestgehend nur positive Reaktionen erhalten. Allerdings gab es eine Situation, bezogen auf eine Kundgebung, da ist uns leider leichter Gegenwind entgegengeschlagen.
A.R.: Damals fand eine AfD-Veranstaltung in Rotenburg im Göbels-Hotel statt. Wir hatten eine Kundgebung in Rotenburg organisiert und haben im Vorfeld eine Pressemitteilung verfasst, die als Boykottaufruf dieser Hotelkette wahrgenommen worden ist. Das war aber nicht unsere Absicht. Natürlich hatten wir eine Kritik daran, dass Unternehmen ihre Räumlichkeiten für AfD-Veranstaltungen hergeben. Aber wir haben das auch auf der Kundgebung nochmal angesprochen und die meisten Leute haben auch verstanden, wie wir das gemeint haben.

Wie nehmen Sie die gesellschaftliche Stimmung gerade wahr?
J.R.: Der Rechtsruck, über den viel berichtet wird, den nehmen wir auch wahr. Ich denke mal, da haben es die AfD und auch andere rechtspopulistische Parteien leider geschafft, dass die Themen, die noch vor drei vier Jahren als Tabuthemen gegolten haben, jetzt mehr und mehr offen und aus der Mitte der Gesellschaft gesagt werden können. Insofern ist die antifaschistische Arbeit heutzutage umso wichtiger.
A.R.: Ich glaube auch, dass die AfD eine Plattform bietet für solche Menschen. Jetzt wählen sicherlich viele auch aus strategischen Gründen die AfD, weil sie eine Partei gefunden haben, die ihnen einfach eine Plattform bietet für ihr rechtes, autoritäres und diskriminierendes Denken.
Was ich auch aus meiner beruflichen Perspektive immer gut finde: Begegnungsräume zu schaffen, also die Menschen im Endeffekt mit dem zu konfrontieren, vor dem sie eine sogenannte Angst haben. Ich glaube, auf einer faktischen Ebene ist das nicht so wirksam wie auf einer emotionalen, persönlichen Ebene. Und diese Ebene zu finden, das ist noch eine Aufgabe, die noch einigen Bündnissen bevorsteht.
J. R.: Dass dieses Klima der Angst, das rechtspopulistische Strömungen verbreiten, wieder umkehrt in ein Klima der Menschlichkeit. Dass das Miteinander betont wird und auch die Gemeinsamkeiten und nicht ständig nur die Unterschiede.

Das wäre auch ein Wunsch an die Zukunft?
A.R.: Ja, durchaus, neben dem Mitgliederzuwachs. Also nicht immer nur in der Komfortzone zu bleiben, sondern auch wirklich raus in die Gesellschaft und dort aktiv zu sein. Ich glaube, nur so kann es gehen, in der Gesellschaft wirklich etwas zu verändern.
J.R.: Mühselig, kleinschrittig, aber definitiv möglich.

Das Interview führte Kirsten Neumann/MBT Hessen im September 2018

[1] Gemeint ist die hessische Landtagswahl im Jahr 2018.

AUF GUTE NACHBARSCHAFT?

Mit der vergangenen Landtagswahl in Hessen im Oktober 2018 ist die Alternative für Deutschland (AfD) nun auch erstmals im hessischen Landtag vertreten. Fünf Jahre zuvor scheiterte die damals frisch gegründete Partei noch an der Fünf-Prozent-Hürde. In 2018 hingegen zweifelte niemand ernsthaft an den vorherigen Prognosen, dass der 16. Landtag in Hessen rechten Zuwachs erhält.
Bereits bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor, wie auch schon bei den Kommunalwahlen in 2016, wurde deutlich, dass die AfD zweistellige Ergebnisse erzielen kann. Mit der vergangenen Wahl hat sie dies mit 13,1% erneut unterstrichen, somit sitzen aktuell 19 Abgeordnete für die Partei im Landtag.

WAHLKAMPF UND ERGEBNISSE

Der hessische Landesverband der AfD, welcher in den vergangenen Jahren äußerst zerrüttet war[1], versuchte bereits im Vorfeld des Landtagswahlkampfes Einigkeit auszustrahlen. Im Wahlkampf selbst, wie etwa bei den insgesamt 13 zentralen Wahlkampfveranstaltungen quer durch Hessen, versuchte man, sich als ernstzunehmender Konkurrent der CDU zu profilieren. So verzichtete man beispielsweise auf Auftritte des extrem rechten Flügels der Partei und ließ sich durch bekannte und erfahrene Politikerinnen und Politiker wie Jörg Meuthen oder Beatrix von Storch unterstützen, die mit den jeweiligen lokalen Spitzenkandidat*innen auftraten.
Der angestrebte moderat-rechte Kurs spiegelt sich bereits in der Landesliste der Partei wieder. Unter den 30 aufgestellten Kandidat*innen, vier davon Frauen, befanden sich einige, die bereits seit 2016 für die AfD in Kommunalparlamenten sitzen.

In Hinblick auf die Ergebnisse scheint auf den ersten Blick ein generelles Gefälle zwischen Stadt und Land offensichtlich. In den Großstädten schnitt die AfD in der Regel schlechter ab als in ländlichen Räumen. Auffällig ist dabei, dass ein Großteil der Kandidat*innen aus mittel- und südhessischen Regionen kommen, die AfD jedoch in nord- und osthessischen Kreisen die besten Ergebnisse erzielte. Hierbei zeigt sich, wie bereits ein Jahr zuvor bei der Bundestagswahl, der osthessische Kreis Fulda als eine Hochburg der AfD. Dort kandidierte Martin Hohmann, einstiger Bürgermeister der Gemeinde Neuhof, sowie späterer Bundestagsabgeordneter für die CDU. Zweifelhafte Aufmerksamkeit erhielt er im Jahr 2003 nach einer antisemitischen Rede zum 3. Oktober unter dem Titel *„Gerechtigkeit für Deutschland"*[2]. Es folgte ein Parteiausschlussverfahren. Nach über zehn Jahren Abwesenheit trat der im Landkreis sehr bekannte Hohmann wieder einer Partei bei und wurde 2017 in den Bundestag gewählt. Bei den Landtagswahlen Ende Oktober 2018 holte die AfD erneut die mit Abstand höchsten Stimmanteile in Hessen, diesmal jedoch ohne einen solch bekannten und erfahrenen Kandidaten.

Über Stimmengewinn konnte sich auch der bereits mehrfach in der Kritik stehende Andreas Lichert (Listenplatz 5) freuen. In seinem Wahlkreis in der östlichen Wetterau verpasste er nur knapp ein Direktmandat. Lichert gilt als Netzwerker innerhalb der *„Neuen Rechten"*, hegt Sympathien für die Identitäre Bewegung und soll hinter der Finanzierung einer Immobilie für jene Organisation stehen[3]. Zwar gibt es einen Unvereinbarkeitsbeschluss zwischen *„Identitärer Bewegung"* und der AfD, praktisch wurde dies jedoch auch in Hessen nie ernsthaft umgesetzt. So kam es in der Vergangenheit trotz der Unvereinbarkeit zu mehreren Überschneidungen zwischen der AfD, der Jungen Alternative (JA), dem Jugendverband der AfD, und rechtsextremen Strukturen.[4] Ein Beispiel dafür ist das Gründungstreffen der JA Marburg Ende März 2017, an dem nachweislich Mitglieder der *„Identitären Bewegung"*, der rechtsextremen Burschenschaft Germania und der AfD Hessen wie etwa Andreas Lichert teilgenommen haben.

WAS IN DEN KOMMUNALPARLAMENTEN PASSIERT

Nach den Kommunalwahlen im Jahr 2016 gab es zunächst einige Verunsicherungen und Fragen, wie man mit der neuen Partei umgehen soll. Würde nun alles anders werden? Nach knapp einem Jahr gesammelter Erfahrung führten wir Interviews mit Kommunalpolitiker*Innen diverser Parteien aus unterschiedlichen Parlamenten in Städten und Kreisen in Bezug auf das Thema Rechtspopulismus.

[1] Vgl. Sascha Schmidt (2018): *Es droht ein rauer Wind*. In: Magazin »der rechte rand« Ausgabe 174 - September / Oktober 2018

[2] Laut einem Urteil des Landgerichts Dresden aus dem Jahr 2016 kann die Rede von Hohmann als antisemitisch bezeichnet werden. Vgl. Jennifer Stange: Herr Hohmann von der AfD. In: http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25910/ [Zugriff 21.11.2018]

[3] Vgl. Sascha Schmidt (2018): *Es droht ein rauer Wind*. In: Magazin »der rechte rand« Ausgabe 174 - September / Oktober 2018

[4] Andere Beispiele zeigen, wie die Grenzen zwischen Neuer Rechte und dem extremen Rand zunehmend verschwimmen: So publiziert zum Beispiel Fabian Flecken, ehemaliger Landesvorsitzender der hessischen Jungen Alternative (Jugendverband der AfD) im Online-Magazin *„blaue Narzisse"*, ein bedeutendes neurechtes Online-Medium. Bei der *„Identitären Bewegung"* sind einzelne AfD-Mitglieder nachweislich an Aktionen beteiligt gewesen, wie zum Beispiel Jens Mierdel, Abgeordneter aus dem Kreistag Fulda. Auch in Kassel gibt es Überschneidungen zwischen den Identitären und der Jugendorganisation der AfD.

Dabei stellte sich heraus, dass die Wahrnehmung wie auch der Umgang mit rechtspopulistischen Parteien sehr unterschiedlich sein kann. Während die AfD in dem einen Kreistag eher als zurückhaltend oder gar als *„aufgeschlossen und konstruktiv"*[5] wahrgenommen wird, verlaufen Sitzungen und Debatten an anderer Stelle alles andere als harmonisch ab. Das Verhalten der Abgeordneten wird dabei als bewusste Provokation interpretiert, um *„den politischen Ablauf zu stören"*[6].

Inzwischen hat die AfD in ihrer parlamentarischen Arbeit auf der einen Seite Routinen gefunden, auf der anderen sind die gezielte Provokation und Eskalation im Plenarsaal ein bekanntes Mittel. Dabei lassen sich inzwischen auch Schwerpunkte in der Arbeit in der Kommunalpolitik feststellen: Zum Thema Flucht und Asyl meldet sich die AfD besonders häufig in Anträgen oder Debattenbeiträgen. Wenig verwunderlich, dass dies - ebenso wie Anträge rund um das Thema Kriminalität und Sicherheit -quantitativ ebenso häufig auf die Agenda gesetzt wird wie Anträge zum Parlamentsbetrieb[7]. Flucht und Asyl ist in allen Lokalparlamenten das Kernthema der AfD und wird regelmäßig mit anderen Themen wie Sicherheit oder Wohnungspolitik verknüpft.

Aus unserer Beratungspraxis haben wir in der Region Nord- und Osthessen Einblicke in die Erfahrungen von Parlamentarier*innen aus den Kommunalparlamenten bekommen dürfen. Dort sind die Erfahrungen der anderen Parteien im Umgang mit der AfD vorangeschritten.So gibt es gemeinsame Strategien des interfraktionellen Umgangs mit der AfD z. B. in der Besetzung der verschiedenen Ausschüsse und Gremien. Bekannt und erprobt ist die allgemeine Praxis, keinem AfD-Antrag zuzustimmen und ggf. eigene oder gemeinsame Anträge zu den selben Themen einzubringen.
Je nachdem, wie Fraktionsmitglieder der AfD in den einzelnen Kommunalparlamenten auftreten, wird versucht, sie in den Gremien politisch und demokratisch einzubinden. Dort, wo sich die Abgeordneten der AfD in die parlamentarische Arbeit einbringen und den Anträgen der anderen Fraktionen zustimmen und eigene Wortbeiträge lediglich zum Verständnis der vorliegenden Anträge dienen, werden die AfD-Abgeordneten genauso wie alle anderen Vertreter*innen der demokratisch gewählten Parteien behandelt.
Dort wo politisch grenzwertig formulierte Anträge eingebracht werden, gibt es teilweise lange und hitzige Wortbeiträge und auch scharfe rhetorische Entgegnungen. Um dies zu vermeiden und die teilweise immer wiederkehrenden Debatten abzukürzen, kann es die Absprache unter den Fraktionen geben, dass lediglich ein*e ausgewählte*r Parlamentarier*in eine Gegenrede zu dem jeweiligen Antrag hält. An dieser Stelle sind die Fraktionen in Kommunalparlamenten mit Sicherheit schon erfahrener als das Landesparlament.

WAS DIE AFD BEREITS IN LANDESPARLAMENTEN MACHT

In Hessen werden, als letztem Bundesland mit der AfD im Landtag, die Erfahrungen im Umgang mit den neuen Abgeordneten jetzt erst gemacht. Von daher lohnt sich ein kurzer Blick in die Bundesländer, die bereits Erfahrungen mit der AfD im Landtag gemacht haben, und wir schauen exemplarisch nach Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

Es wird beschrieben, dass der Ton im Landtag rauer geworden sei, einhergehend mit einer negativen Änderung der Debattenkultur.[8] Die Mobile Beratung Sachsen-Anhalt, Miteinander e.V., hat eine Bilanz gezogen und fünf Thesen aufgestellt, mit welchen Strategien die AfD im Landtag agiert:

1. *„Skandalisierung und Inszenierung"*, hier wird die Kultur der *„Anti-Establishment"* Politik beschrieben, in der *„die anderen Parteien als korrumpiert und „volksfern"* vorgeführt würden, sowie *„Beschimpfungen und Verächtlichmachungen des politischen Gegners"* als *„Standardrepertoire ihrer parlamentarischen Aktivitäten"* beschrieben werden.
2. *„Identität und Ideologie"*, in der die AfD *„vor allem eine Kampfansage gegen gesellschaftliche Minderheiten"* formuliert.
3. *„Provokation und Polarisierung"*, mit der die AfD bewusst *„mediale Aufreger"* provozierte, *„um ihre Themen zu setzen und den politischen Diskursrahmen nach rechts zu verschieben"*.
4. *„Distanz und Bewegung"*, hier wird das Parlament als eine Plattform von vielen beschrieben, denn führende *„Mitglieder der AfD sind eingebunden in ein breites Netzwerk rechter politischer Akteure – von den „Identitären" über das Milieu der Neuen Rechten bis hin zu diversen regionalen rassistischen Bürgerinitiativen"*.
5. *„Überwindung und Transformation"*, in der es der AfD *„um die Überwindung einer liberalen und offenen Gesellschaft zugunsten einer homogenen und autoritären Gemeinschaft"* gehe.[9]

Für ihre Arbeit in Sachsen-Anhalt erntete Miteinander e.V. nicht nur Zuspruch. Im Dezember 2017 stellte die AfD Landtagsfraktion *„eine Große Anfrage mit 236 Detailfragen zu Miteinander" […] im Juni 2018 beantragte die Partei, dem Verein die Mittel zu streichen."*[10] Die Kampagne der AfD gegen Miteinander erhielt sogar prominente Unterstützung durch die dortige CDU.[11]
Ein weiteres Merkmal für die Arbeit in den Landtagen ist das häufige Einreichen kleiner und großer Anfragen bezogen auf Initiativen und Organisationen, die sich für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus einsetzen. So wurde auch das Netzwerk *„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" das „Ziel eines Antrags der AfD-Fraktion im Landtag in Magdeburg."*, in dem diesem Verein *„mangelnde Neutralität"* vorgeworfen wurde.[12]

Die Amadeu-Antonio Stiftung aus Berlin führt in ihrem Appell zur Unterstützung von Miteinander e.V. weitere Beispiele solcher Anfragen an; Anfragen zu *„Linksextremistische Netzwerke in Berlin"* und die Streichung der Fördermittel für die NS-Gedenkstätte Gurs in Baden-Württemberg.[13]
In allen Landtagen wird überdies kontrovers über den Umgang mit den Abgeordneten der AfD Fraktion und die Veränderungen im parlamentarischen Ablauf diskutiert. Gelassenheit indem nicht auf jede Provokation eingegangen wird, aber auch die politische Gegenrede und, sobald es nötig ist, den Ordnungsruf der/des Vorsitzenden wäre ein Verfahren, auf das die verschiedenen Parteien sich einigen könnten. Beim Thema Änderung der Geschäftsordnung scheiden sich aber bereits die Geister mit dem Verweis auf die demokratische Verfasstheit der Parlamente, indem auch kleine Parteien Schutz genießen sollten. Generell sollten keine parlamentarischen Gepflogenheiten nur wegen einer neuen Partei im Landtag geändert werden, wie dies etwa bei der Vergabe des Postens des Alterspräsidenten des Bundestages der Fall war.[14] Die AfD sollte wie jede andere Partei behandelt werden. Eventuelle Provokationen sollte entschieden widersprochen werden, allerdings nicht die Tagesordnung bestimmen. Initiativen und Vereine, die sich täglich gegen Rechtsextremismus positionieren bzw. in diesem Feld arbeiten, brauchen die Unterstützung von den zuständigen Ministerien und den Parteien und nicht Misstrauen in schwierigen Zeiten.
Nie war Haltung für eine offene Gesellschaft so wichtig wie heute, sei es in Parlamenten oder außerhalb.

Kirsten Neumann und Stefan Wunsch/MBT Hessen

[5] Marian Zachow in: MBT Hessen (Hrsg.), *Neue Nachbarn*, 1. Auflage 2017, S. 18

[6] Deborah Müller-Kottusch in: MBT Hessen(Hrsg.), *Neue Nachbarn*, 1. Auflage 2017, S. 20

[7] Vgl. Hafeneger eta al; *AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure*. Frankfurt/M. 2018, S. 73ff.

[8] Vgl.: Juliane Kinast; *Analyse: Politik oder Krawall? Was die AfD im NRW-Landtag macht*; Westdeutsche Zeitung; https://www.wz.de/politik/landespolitik/politik-oder-krawall-was-die-afd-im-nrw-landtag-macht_aid-25086527 [Zugriff: 22.11.18]

[9] David Begrich/Pascal Begrich; *Kulturkampf von rechts, ein Jahr AfD im Landtag Sachsen-Anhalt*; Miteinander Aktuell; 14.03.17

[10] Amadeu-Antonio-Stiftung; Vereint für Miteinander e.V. Bundesweit tätige Organisationen stellen sich gemeinsam gegen die AfD-Kampagne; https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2018/bundesweit-taetige-organisationen-stellen-sich-gemeinsam-gegen-die-afd-kampagne/ [Zugriff: 22.11.2018]

[11] Vgl.: https://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-gemeinsam-gegen-links-1.4109620

[12] Ebd.

[13] Ebd.

[14] Vgl.: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-06/afd-bundestag-alterspraesident

WAS TUN?

WIE UMGEHEN MIT RECHTSPOPULISMUS - EIN PERSPEKTIVWECHSEL

Die Reaktionen auf das Erstarken einer modernisierten Rechten und auf rechtspopulistische Stimmungen in der Bevölkerung, auf rassistische Straf- und Gewalttaten sowie auf die allerorts beklagte Veränderung des politischen Klimas reichen von Betroffenheit und Entsetzen bis hin zum demonstrativen Verständnis für die Ängste sogenannter *„besorgter Bürger*innen"*. Konzepte, wie diesen Zuständen begegnet werden könnte, werden zum Teil sehr kontrovers diskutiert, aber häufig herrscht auch große Ratlosigkeit. Aus diesem Grund möchten wir im Folgenden einige Anmerkungen zur aktuellen Debatte und einige konkrete Vorschläge für einen Perspektivwechsel machen.

Die Themen dieses aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurses spiegeln sich auch in den Anfragen an die Mobile Beratung wieder. Bis zur ersten Hälfte des Jahres 2016 fokussierten die meisten Anfragen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik auf Fragestellungen bei der Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und bei der Etablierung einer lokalen Willkommenskultur. Seitdem sind diese Anfragen stark zurückgegangen: Die Unterkünfte sind eingerichtet (manche aufgrund sinkender Flüchtlingszahlen bereits wieder geschlossen), die Verwaltungen haben sich auf die temporären Gäste bzw. neuen Mitbürger*innen eingestellt und zivilgesellschaftliche Bündnisse sind etabliert. Nach wie vor engagieren sich viele Menschen in der konkreten Unterstützung vor Ort inzwischen nicht mehr für eine Willkommenskultur, sondern für die dauerhafte Integration der Neuangekommenen. Trotz aller Unkenrufe in Medien und Politik ist die Hilfsbereitschaft nicht eingebrochen, *„die Stimmung"* ist nicht *„gekippt"*, sondern eine große Anzahl von Bürger*innen engagiert sich nach wie vor für ihr Gemeinwesen vor Ort.

Mittlerweile besteht nun in den Anfragen an die Mobile Beratung großer Bedarf nach Hilfestellungen im Umgang mit rechtspopulistischen Strukturen vor Ort, mit Hasskommentaren im Internet oder für angemessene Reaktionen auf sogenannte Stammtischparolen. Hierzu haben wir bereits eine Vielzahl von Workshops und Vorträgen durchgeführt, um menschenfeindlichen Argumentationsmustern begegnen zu können. Ein neues Handlungsfeld für die Mobile Beratung entsteht aus den Wahlerfolgen von der AfD und anderer Parteien des rechten Randes und den neuen kommunalparlamentarischen Konstellationen und einhergehenden Umgangsformen in lokalen Parlamenten. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass man sich in diesen Parlamenten nun für einen raueren Umgangston und die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Argumenten und rechtspopulistischen Argumentationslinien rüsten muss.

Natürlich kann ein Team der Mobilen Beratung solche Anfragen aus Zivilgesellschaft und (Kommunal-)Politik in Rahmen von Vorträgen und themenspezifischen Workshops bearbeiten, vor allem wenn es darum geht, Stellung gegen menschenverachtende Haltungen und Äußerungen zu beziehen. Wenn aber in emotional aufgeladenen Debatten rationale Argumente und Fakten nicht weiterführen, dann herrscht häufig Ratlosigkeit. Argumentieren gegen rechte *„Stammtischparolen"* ist nicht sinnlos, weil es wichtig ist, öffentlich gegen menschenverachtende Stimmungen und Ressentiments Stellung zu beziehen – nicht zuletzt als Signal an schweigende Zuhörer*innen und vor allem an die von Rassismus und anderen Diskriminierungen Betroffene. Es hat aber unter Umständen, nach dem Schriftsteller und Kulturwissenschaftler Klaus Theweleit, einen anderen Effekt als intendiert: *„Argumente helfen nicht gegen Ressentiments. Argumente sind vor allem dazu da, den, der sie vorbringt, selber zu überzeugen, das Richtige zu vertreten. Weiter überzeugt man mit Argumenten nur die, die schon vorher den vorgebrachten Argumenten anhingen."*[1]

LAUTE MINDERHEIT UND LEISE MEHRHEIT

Zu häufig hört man aus Medien und Politik, man müsse die *„Ängste"* der Menschen, die bei Wahlen ihre Stimme rechtspopulistischen Parteien geben (könnten), ernst nehmen. Konkrete Sorgen, die Menschen haben, können bearbeitet werden, diffuse *„Ängste"* jedoch nicht. Erregt vorgetragene Ressentiments und rassistische Verallgemeinerungen, die inzwischen einen breiten Platz in einer verunsicherten Öffentlichkeit eingenommen haben, gilt es hingegen zu widersprechen, wie es der Journalist Patrick Gensing formuliert:

„Und dann gibt es noch die vermeintliche Gegenstrategie, man müsse Ressentiments als Sorgen ernst nehmen. Ich denke, man sollte generell vor allem Menschen ernst nehmen. Und wenn ich jemanden ernst nehme, dann sage ich ihm auch, wenn er großen Mist erzählt. Man muss die Leute nicht als Pack beschimpfen, aber ihnen klar und deutlich widersprechen. Wenn man jemanden ernst nimmt, dann kann man ihn auch auffordern, ein politisches Anliegen vernünftig vorzutragen. Wer etwas zu sagen hat, der braucht nicht zu schreien."[2]

An dieser Stelle möchten wir daher für einen Perspektivwechsel in der Auseinandersetzung mit erregten Stimmungslagen plädieren: Anstatt sich an den *„Ängsten"* der Bürger*innen, die rechtspopulistische Parteien gewählt haben bzw. wählen könnten, allein zu orientieren, sollte der Fokus vielmehr auf den Sorgen und Nöten der *„leisen Mehrheit"* liegen. Oder wie es die Wissenschaftlerin und Mitautorin der Studie *„Gespaltene Mitte"*, Beate Küpper, ausdrückt: *„Wir sollten der lauten Minderheit der Fremdenfeinde in den gesellschaftlichen Debatten nicht so viel Raum geben, sondern der demokratisch gesinnten Mehrheit mehr Aufmerksamkeit schenken."*[3]

Zwischen 80% und 90% der Stimmen bei der Kommunalwahl 2016 in Hessen wurden nicht an rechtspopulistische Parteien, d.h. an AfD oder Republikaner oder gar an die NPD, vergeben. Laut wissenschaftlichen Studien ist die Zustimmung zur Demokratie und zu den Werten des Grundgesetzes nach wie vor überwältigend groß.[4] Wir denken, dass Politik und gesellschaftlich relevante Akteure genau auf diesen Werten beharren und diejenigen, die hinter diesen Werten stehen, ansprechen sollten. Anstatt destruktiver Hetze mit verharmlosendem Verständnis diffusen Ängste zu begegnen, sollten die Menschen angesprochen werden, die nicht rechtspopulistisch wählen und vielmehr von menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen erschrocken oder angewidert sind. Seien es Mitarbeiter*innen lokaler Verwaltungen, die sehr flexibel und abseits routinierter Arbeitsanforderungen die Nöte und Bedürfnisse von Flüchtlingen bearbeitet haben und es immer noch tun. Seien es die Menschen, die in zivilgesellschaftlichen Bündnissen ehrenamtlich Kleider gesammelt, sortiert und verteilt, Sprachkurse gegeben, bei Behördengänge begleitet, Freizeitaktivitäten organisiert haben, kurz gesagt, die dafür gesorgt haben, dass man überhaupt von einer Willkommenskultur reden kann. Und die sich, trotz aller Unkenrufe, weiterhin für ein weltoffenes, liberales und demokratisches Gemeinwesen einsetzen. Von der modernisierten Rechten werden diese Engagierten als *„Bahnhofsklatscher"* und *„Gutmenschen"* verunglimpft, dabei sind sie es, die sich aktiv für eine Gesellschaft einsetzen, in der Werte wie Weltoffenheit, Empathie und demokratische Teilhabe gelebt werden.

„PLURALITÄT IN EINER GESELLSCHAFT BEDEUTET NICHT DEN VERLUST DER INDIVIDUELLEN (ODER KOLLEKTIVEN) FREIHEIT, SONDERN GARANTIERT SIE ERST." [5]

Politik und Medien sollten sich weiterhin für gesellschaftliche Minderheiten und ihre gesellschaftliche Teilhabe und unveräußerlichen Rechte einsetzen. Denn gerade am gleichberechtigten Umgang mit marginalisierten Gruppen beweist sich eine demokratische Kultur im Gegensatz zu diktatorischen Regimen. Oder wie es die Publizistin und Journalistin Carolin Emcke ausdrückt: *„Die kulturelle Vielfalt einer modernen Gesellschaft anzuerkennen bedeutet ja nicht, dass die einzelnen Lebensentwürfe, die einzelnen Traditionen oder religiösen Überzeugungen darin keinen Platz mehr hätten."*[6]

Emckes Plädoyer für die demokratische Kultur wiegt umso schwerer, als es sich in den aktuellen menschenverachtenden Haltungen und einhergehenden Handlungen um den Versuch handelt, eine diskursive Hegemonie herzustellen, um den Erhalt und Zugewinn der *„Vormachtstellung"* einer sich selbst als *„Volksgemeinschaft"* definierenden Gruppe zu erreichen. *„Starke Sprechpositionen"* und der Versuch, die Deutungshoheit über Diskurse zu gewinnen, zielen dezidiert auf antiplurale Gesellschaftsmodelle.

In einer Demokratie muss auch deswegen immer wieder aufs Neue auf gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen beharrt werden, egal welche Abstammung, sozialen Status, sexuelle Orientierung, politische Einstellung sie haben. Im Gegensatz zur modernisierten Rechten und ihren Anhänger- und Wähler*innen leitet sich aus dem Grundgesetz und internationalen Vereinbarungen zu Menschenrechten kein exklusiver Anspruch aus der Nationalität ab, auch wenn in der westlichen Welt rechtspopulistische Strömungen im Aufwind sind. Für Frankreich beschreibt der Soziologe Didier Eribon diesen anmaßenden Egoismus so: *„Ganz allgemein speist sich die kollektive Selbstbehauptung nun aus der Zugehörigkeit zu einem Land, als dessen natürlicher Herr*

[1] Klaus Theweleit zitiert nach: Feustel/Grodol/Prüwer/Reif (Hg.): *Wörterbuch des besorgten Bürgers.* Mainz 2016, S. 143

[2] Gensing, Patrick: https://patrick-gensing.info/2016/11/09/fluechtige-moderne-2-0-der-hass-als-neue-konstante Aufgerufen am 02.12.2016

[3] Zitiert nach: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Medien-und-Populisten-Welche-Rolle-spielen-Talkshows,populismus118.html Aufgerufen am 07.12.2016

[4] Vgl. etwa: Zick, Küpper, Krause: *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände*, Bonn 2016. Demnach sind 70 bis 80% der Deutschen *„stolz"* oder *„sehr stolz"* auf Demokratie und Verfassung.

[5] Emcke, Carolin: *Gegen den Hass*. Frankfurt 2016, S.193

[6] Ebd. S. 194

und Besitzer man sich fühlt und das seinen Bewohnern staatsbürgerliche Rechte und Anrechte garantiert, auf die man einen exklusiven Anspruch zu haben meint. Die Vorstellung, `andere´ könnten von diesen Anrechten – oder dem, was davon noch übrig ist – ebenfalls profitieren, wird unerträglich, da man glaubt, der eigene Anteil an ihnen werde dann kleiner."[7]

Zwischen 80% und 90% der abgegeben Stimmen bei der Kommunalwahl in Hessen im Jahr 2016 gingen an die von der modernisierten Rechten pauschal als *„Alt- bzw. Kartellparteien"* verunglimpften Parteien. Dieser Mehrheit sollte auch ein Großteil der Aufmerksamkeit gelten, sie sollte in erster Linie Adressat politischen und medialen Handelns sein: Es sind diejenigen Bürger*innen, die nicht in einer abgeschlossenen, intoleranten Gesellschaft leben wollen, in der die Wahrung von Menschenrechten von Nationalität oder imaginierter Normalitätsvorstellungen abhängig gemacht wird, die nicht in einem Land leben wollen, in dem eine laute Minderheit glaubt, *„das Volk"* zu sein und bestimmen kann, was politisch gewünscht und umgesetzt wird. Es sind solche Bürger*innen, die nicht zusehen wollen, wie Minderheitenrechte oder vielfältige Lebensstile nicht mehr öffentlich eingefordert bzw. ausgelebt werden können und die es als Missachtung ihres Engagements auffassen, wenn vermehrt strengere Asylregelungen getroffen werden, von ihnen unterstützte Asylbewerber*innen etwa nach Afghanistan abgeschoben werden, während das Auswärtige Amt vor Reisen dorthin warnt oder starre bürokratische Regeln verhindern, dass ein junger, motivierter und qualifizierter Mensch keine Ausbildung anfangen kann. Die Auseinandersetzung zwischen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit und Mitarbeiter*innen in Ämtern und Behörden führt hingegen zu einem Erkenntnisgewinn, aber auch zu neuen Formen von bürgerlicher politischer Beteiligungskultur, die in dieser Dimension als einmalig betrachtet werden kann. Hierüber hat eine große Anzahl von engagierten Bürger*innen das kommunale Gemeinwesen als auch Gesetzesvorgaben und deren behördliche Umsetzung, die nicht zwingend am Wohl der betroffenen Menschen ausgerichtet ist, genauer kennengelernt. Diese Erfahrungen werden nun vielerorts nicht mehr privat betrachtet, sondern in neu gegründeten Unterstützungsgruppen öffentlich diskutiert.

Der hier vorgeschlagene Perspektivwechsel betrifft allerdings nicht nur Politik und Medien. Er sollte auch für Bürgerbündnisse gelten, denn *„es war die demokratische Mehrheit einer engagierten Bürgerschaft, die Pegida nirgendwo in Deutschland außer in Dresden hat hochkommen lassen, und es war die Mehrheit der Offenen Gesellschaft, die seit dem Spätsommer 2015 aktiv für das Asylrecht und die Flüchtlingshilfe eingetreten ist."*[8] Daraus sollten die Engagierten das Selbstbewusstsein ziehen, öffentlich wahrnehmbare politische Forderungen zu stellen. Es fehlt vor Ort an bezahlbarem Wohnraum? Dann sollte das geändert werden und zwar nicht nur für Flüchtlinge, denn bezahlbarer Wohnraum fehlt auch für Student*innen, Hartz-4-Empfänger*innen und Bezieher*innen niedriger Einkommen. Die öffentliche Infrastruktur ist marode und dringend sanierungsbedürftig? Dito. Es fehlt die Möglichkeit, sich aktiv am Gemeindeleben zu beteiligen, es gibt Defizite in der politischen Repräsentation? Dann sollte das für alle geändert werden. Beispielsweise haben sich dort, wo lokale Unterstützungsbündnisse für Flüchtlinge deutlich wahrnehmbar an die Öffentlichkeit getreten sind (über Pressemitteilungen, Facebookseiten, angemietete Räume und Treffpunkte, Willkommens- und Vernetzungsveranstaltungen etc.) die lokalen Diskurse auch verschoben, demokratische Diskurse sind sichtbarer und dominanter geworden. In den letzten Monaten sind allerorts engagierte Menschen zu Tausenden auf die Straße gegangen, um Stellung gegen Rechtspopulismus und Rassismus sowie für Seenotrettung im Mittelmeer und eine offene Gesellschaft zu beziehen. Im Landtagswahlkampf demonstrierten selbst in kleinsten Ortschaften hunderte von Engagierten gegen Veranstaltungen der AfD. In Kassel mitten in den Sommerferien über 2000 gegen Rechtsruck und für Seenotrettung im Mittelmeer. In Berlin im Herbst 2018 mehr als 200.000, eine der größten Demonstrationen in der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung. So gesehen hat die gegenwärtige Zerrüttung eventuell doch noch etwas Gutes: Dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie zunehmende Entsolidarisierung und neoliberal geprägte ungerechte Vermögensverteilung, mangelnde demokratische Repräsentation und Mitbestimmungsmöglichkeiten (und damit durchaus andere, als die, auf denen Populist*innen gerade penetrant „herumreiten") nun aufs Tapet kommen und korrigiert werden können. Der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft fehlt zurzeit eine gemeinsame Erzählung davon, was uns im Innersten zusammenhält. Die modernisierte Rechte bietet eine Erzählung von einer imaginierten „Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft". Didier Eribon beschreibt die Hinwendung eines ehemals kommunistisch geprägten Milieus in seiner Heimatstadt Reims hin zum Front National so: *„Die fehlende Mobilisierung als Gruppe bzw. die fehlende Selbstwahrnehmung als solidarisch-mobilisierte Gruppe (…) führt dazu, dass rassistische Kategorien die sozialen ersetzen."*[9]

Wer anders als die Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft, wäre in der Lage, eine neue, solidarische Erzählung, die nicht erst seit dem Beginn des verstärkten Zuzugs von Flüchtlingen gesucht und erprobt wird, diesen neuen Zusammenhalt einzufordern?! Es braucht *„attraktive Erzählungen über die liberale, pluralistische Demokratie, die die Ideen der Freiheit und Gleichheit vor der Kulisse der Globalisierung mit neuem Inhalt füllen. Kraftvolle Narrative, die auch denen realistische Andockpunkte bieten, die sich außerhalb des Spiels wähnen und dementsprechend wahrgenommen werden."*[10]

Diejenigen, die sich *„außerhalb des Spiels"* wähnen, wählen mehrheitlich Parteien wie die AfD nicht, weil sie von Rechtspopulist*innen realistische Lösungen erwarten, sondern auch deshalb, um der etablierten Politik zu demonstrieren, dass etwas schief läuft in Deutschland. Die große Mehrheit der Gesellschaft ist nicht bereit, diesen plebiszitären *„Stinkefinger"* bei Wahlen zu zeigen. Ihnen sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, und sie selbst sollten diese Aufmerksamkeit selbstbewusst einfordern. Sie haben allen Grund dazu.

Christopher Vogel/MBT Hessen

[7] Didier Eribon: *Rückkehr nach Reims*. Berlin 2016, S.140

[8] Carius/Wegner/Welzer/Wilkens: https://www.die-offene-gesellschaft.de/blogposts/10-thesen-fur-eine-kraftvolle-bewegung Aufgerufen am 01.12.2016

[9] Eribon 2016, S. 139

[10] Weidenbach, Verena: http://starke-meinungen.de/blog/2016/11/25/denkschablonen-statt-analyse-trumps-wahlsieg-im-zeichen-des-postfaktischen/#more-6611 Aufgerufen am 02.12.2016

NEUE NACHBARN

RECHTSPOPULISMUS IN HESSEN

MBT Hessen

Ein Projekt der

vhs Volkshochschule Region Kassel